



Die Ergebnisse des Berliner Freiwilligensurveys auswerten

Fragen - Erkenntnisse - Lösungswege



Dokumentation eines Symposions am 24.10.2011

Inhalt

Das Symposion

Der Berliner Freiwilligensurvey

Ausgewählte Surveyergebnisse in Stichworten

Die fünf Thementische

Staat und Gesellschaft neu denken -
Engagementförderung heute

Schlussfolgerungen - oder: Wie geht es weiter?

Zum Symposion waren gekommen

Zum Symposion

eingeladen hatte der
*Treffpunkt Hilfsbereitschaft
Landesfreiwilligenagentur
Berlin*

in Kooperation mit *"aktiv in
Berlin" Landesnetzwerk Bür-
gerengagement und Bun-
desnetzwerk Bürgerschaftli-
ches Engagement (BBE)*

gefördert von der *Senats-
verwaltung für Integration,
Arbeit und Soziales.*



Das Symposium

Am 15.06.2011 hatte Dr. Thomas Gensicke, TNS Infratest Sozialforschung München, im Roten Rathaus auf gemeinsame Einladung der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und der Beauftragten für Bürgerschaftliches Engagement in der Senatskanzlei die Ergebnisse aus dem „Berliner Freiwilligensurvey“, einer tiefgehenden Auswertung der bundesweiten Freiwilligensurveys der Jahre 1999-2009 für Berlin, einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt.

Diese repräsentative Untersuchung über das Bürgerschaftliche Engagement war in Berlin durch die Erhöhung der Befragungszahlen auf eine gesamtstädtisch und kommunal besonders detaillierte Ergebnisbasis gestellt worden. Sie führte zu neuen Erkenntnissen und warf viele Fragen bezüglich der Beförderung des Bürgerschaftlichen Engagements in Berlin auf.

Das von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales vorgeschlagene und hier dokumentierte Symposium zur weiteren Auswertung des *Berliner Freiwilligensurveys* sollte nun fünf zentrale Aspekte der Untersuchung eingehender diskutieren:

- Hindernisse bzw. Förderansätze für das Engagement von Älteren
- Auswertung der Engagementfelder und der Motive von Freiwilligen
- Ergebnisse zum Engagement mit Blick auf verschiedene Lebenswelten
- Nachhaltige Förderung des Engagements Jugendlicher und junger Erwachsener
- Stärkung der Informations- und Beratungsfunktion für bisher nicht erreichter Zielgruppen.

Schließlich sollte die Bedeutung des Bürgerschaftlichen Engagements als unverzichtbarer Bestandteil der Landes- und Kommunalpolitik Berlins hervorgehoben diskutiert werden, um zusätzliche Aussagen und Einschätzungen für Leitlinien einer profilierten Engagementpolitik zu gewinnen und Diskursebenen in der Stadt zu öffnen.

Nach einer Überblick verschaffenden Einführung in für das Symposi-

:: Berlin - Metropole des Bürgerschaftlichen Engagements. Bluhm und Helbig präsentieren Ergebnis der aktuellen Freiwilligenstudie

Pressemitteilung, 14.06.2011
www.berlin.de/landespressestelle/archiv/20110614.0830.347545.html



Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

on wichtige Aspekte des Berliner Freiwilligensurveys wurden die Fragen an fünf moderierten Thementischen diskutiert. Mit seinem übergreifenden Blick von aussen setzte Dr. Serge Embacher die Berliner Engagementlandschaft in Zusammenhänge, beleuchtete und bilanzierte den Tag und öffnete den Blick (auch über Berlin hinaus).

Eingeladen waren die Vertreter/innen der Fachverwaltungen sowie der Fraktionen, die Mitglieder und Interessierten des "aktiv in Berlin" Landesnetzwerk Bürgerengagement und der Runden Tische des Treffpunkt Hilfsbereitschaft. Der Treffpunkt Hilfsbereitschaft hat in guter Tradition der *Runden Tische zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin* gerne die kurzfristige Vorbereitung und Organisation des Symposions übernommen und legt hier die Ergebnisse vor.

:: **Symposionprogramm**

pdf-download auf
www.engagementwerkstatt.de/wordpress2/?p=7193

:: **Runde Tische zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin 2001-2011**

Vollständig dokumentiert unter
www.runder-tisch.freiwillig.info

Der Berliner Freiwilligensurvey

Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) führte das Meinungsforschungsinstitut TNS Infratest Sozialforschung München im Jahr 2009 (wie bereits 1999 und 2004) einen bundesweiten Freiwilligensurvey (Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement) durch. Die große Umfrage stellt jedem Bundesland eine repräsentative Stichprobe für eigene Auswertungen zur Verfügung. Die Stadt Berlin hat TNS Infratest Sozialforschung München bereits zum dritten Male mit der Erstellung einer Landesstudie beauftragt. Zur aktuellen Welle des Freiwilligensurveys 2009 erfolgte die Anlage in einem besonders aufwendigen Format. Die Stadt Berlin finanzierte 600 Interviews, um detaillierte Auswertungen zu ermöglichen, auch über verschiedene sozialräumliche „Lebenswelten“ in der Stadt.

*Die vertiefende Auswertung der Landesdaten macht im Zeitrahmen eines Jahrzehnts die Entwicklung der Zivilgesellschaft Berlins sichtbar, mit besonderem Augenmerk für ihr Herzstück, das freiwillige Engagement der Berlinerinnen und Berliner. Dabei galt es, die Besonderheiten des Stadtstaates im Umland der neuen Bundesländer, als Metropole und Bundeshauptstadt herauszuarbeiten. Neben der Darstellung der Fakten werden Entwicklungsfelder bestimmt, in denen die Rahmenbedingungen für Freiwillige verbessert werden können.**

:: Gensicke, Thomas; Geiss, Sabine, 2010: **Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement.** Berlin, BMFSFJ

:: Gensicke, Thomas; Geiss, Sabine, 2011: **Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement in der Bundeshauptstadt Berlin 1999 – 2004 – 2009.** München, TNS zitiert im Folgenden: *Berliner Freiwilligensurvey*

*: Vgl. Berliner Freiwilligensurvey, S. 4



Ausgewählte Ergebnisse in Stichworten

Jo Rodejohann, Dipl.-Pol., Treffpunkt Hilfsbereitschaft

In einer knappen halben Stunde den sogenannten Berliner Freiwilligensurvey, einen Bericht von 137 Seiten und zusätzlich 76 durchaus interpretationsbedürftigen Grafiken vorzustellen, das ist nicht machbar, jedenfalls dann, wenn ich Sie nicht einfach mit vielen, vielen Zahlen zuschütten will, die zudem noch aufeinander zu beziehen sind, die aus den drei großen bundesweiten Freiwilligensurveys 1999, 2004 und 2009 stammen, zusätzlich bezogen auf die Berliner Situation, die vielfältige Entwicklungen über die Zeit abbilden. Deswegen konzentriere ich mich heute auf elf Stichworte. Ich versuche so, Ihnen aus diesem sogenannten Berliner Freiwilligensurvey für das, was wir heute diskutieren, einiges an Hintergrund zu geben. Weiteres Material habe ich in den die Thementische begleitenden Vorlagen zusammengestellt. Und zum Schluß gibt es noch einige Kommentare meinerseits.

Der Survey selber ist, wie gesagt, eine Sonderauswertung der bundesweiten Freiwilligensurveys für 1999, 2004 und 2009, die von TNS Infratest Sozialforschung - zuletzt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend - gemacht wurden. Sie wurde für Berlin diesmal von der Senatskanzlei und der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales gemeinsam beauftragt. Auch für die früheren Surveys hat es landesbezogene Auswertungen gegeben. Bundesweit wurden 2009 insgesamt 20.000 Menschen telefonisch befragt, davon 1549 in Berlin. In Berlin ist die Zahl der auf Grundlage landesbezogener Beauftragung zusätzlich Befragten erheblich höher als in anderen Bundesländern, was eine Reihe von weitergehenden Aussagen für Berlin ermöglicht. Der Auftrag für die Berliner Sonderauswertung der Daten wurde im Unterschied zu

:: Schriftform des Vortrags auf der Grundlage einer Mitschrift von André Vollrath.

pdf-download der begleitenden Präsentation auf www.engagementwerkstatt.de/worpress2/?p=7193





Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

einigen anderen Ländern, die damit noch mal eigens dritte Wissenschaftler, Wissenschaftlerinnen beauftragt hatten, an den Auftragnehmer für die Umfrage selber vergeben, nämlich TNS Infratest.

Das ist aus meiner Sicht nicht ganz unwichtig. Denn wer immer - das habe ich auch gemerkt - sich mit diesen 137 Seiten, die ja selber bereits eine (immer auch subjektive) Interpretation und Auswahl vielfältiger, nicht zwingend eindeutiger Informationen sind - und erst recht wer sich mit den diesem Bericht zugrunde liegenden Daten auseinandersetzt, hat seine eigenen Sichtweisen, setzt unterschiedliche Schwerpunkte, kommt zu unterschiedlichen Schlüssen - und so ist jeder Bericht auch immer wieder interpretationsbedürftig. Aber deswegen kein grundsätzlicher Einwand gegen die Beauftragung von TNS, auch andere Bundesländer haben es so gemacht, doch zu berücksichtigen ist, dass für Berlin diejenigen, die gefragt haben, auch mit der weitergehenden Auswertung dessen beauftragt wurden, was sie gehört haben. Die Frage wäre eine Überlegung wert, ob nicht ein gleichsam fremder Blick zusätzliche Erkenntnisse aus dem riesigen Datenmaterial gewinnen könnte, das sich durch die drei Freiwilligensurveys angesammelt hat. Und auch das, was ich ihnen vortrage, ist eben das, was ich heraus gelesen habe aus diesem Bericht*; Sie werden nicht umhin kommen, sich selber mit ihm auseinanderzusetzen, wenn Sie es wissen wollen.

Wie eingangs des Symposiums schon gesagt: der Berliner Freiwilligensurvey liegt als Manuskript vervielfältigt vor - einige Exemplare davon haben Sie auch draußen noch gesehen - und ansonsten ist er seit Juni als PDF-Datei öffentlich verfügbar. Allerdings gibt es bisher weder eine klassische Druckfassung, noch - und das ist mir nicht ganz nebensächlich - ist sein Inhalt in leichter Sprache oder anders barrierefrei zugänglich. Und ich muss sagen, obwohl ich einiges an Erfahrung habe aus meiner sozialwissenschaftlichen Vergangenheit: an manchen Stellen habe ich ziemlich gebastelt, um zu verstehen, was denn dort mitgeteilt werden sollte, das gilt natürlich für Menschen mit eingeschränkteren Möglichkeiten noch viel mehr. Dies also eine Anregung. *Zwischenruf Frau Wanke, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales: Noch in diesem Jahr werde der Bericht gedruckt und es werde auch eine Zusammenfassung in leichter Sprache geben!*. Nun, hervorragend, es ist schon längst gelöst ; dazu



*: Vgl. als weitere Lesart in Vorbereitung dieses Symposiums die **Auszüge von Carola Schaaf-Derichs** aus dem Survey pdf-download auf www.engagementwerkstatt.de/wordpress2/?p=7193



Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

kann man Berlin in der Tat nur gratulieren, denn die Bermerkung gilt natürlich auch für andere Bundesländer, in denen dieser Wunsch, Ansgar Klein hat darauf hingewiesen, bisher auch noch ein Wunsch geblieben ist.

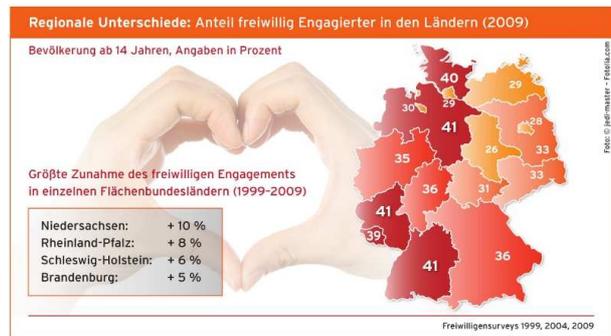
Die weite Engagementlandschaft, mein erstes Stichwort: Es gibt über die Jahre von 1999 bis 2009 in der Sicht des Berliner Freiwilligensurveys ein steigendes *öffentliches Engagement* in der Stadt. Dieser recht allgemein-unbestimmte Begriff „öffentliches Engagement“ hat etwas damit zu tun, wie der Freiwilligensurvey fragt: Er geht nicht von einer ausgefeilten Definition aus, was freiwillige Tätigkeit und Bürgerschaftliches Engagement ist, sondern fragt am Telefon nach allen Ausformungen, in denen sich Menschen irgendwie *öffentlich* engagieren oder auch nicht - und bildet dabei drei Gruppen. Er fragt zum einen:

Wer ist überhaupt nicht öffentlich aktiv? Er fragt weiter: Wer ist zwar öffentlich aktiv, aber in ungebundenen Formen? Und schließlich: Wer ist freiwillig engagiert im engeren Sinne, etwa in Ehrenämtern oder Freiwilligendiensten? In Berlin waren 2009 etwa zwei Drittel der Bevölkerung ab 14 Jahren - und das sind 10% mehr als 1999 - im breitesten Sinne öffentlich aktiv. Die Steigerung ist allerdings wesentlich auf den Zeitraum bis 2004 zurückzuführen, stagnierte dann und ging bis 2009 sogar leicht zurück. Diese Bewegung wird auch in vielen einzelnen Aspekten des Engagements durchgängig deutlich: Wir haben im Grunde eine Aufschwungphase bis 2004 gehabt, und wir haben seitdem eine Stagnationsphase im öffentlichen Engagement. Was das nun im Einzelnen heißt, das sind Fragen, denen am ersten Thementisch gleich weiter nachgegangen wird.

Wer ist überhaupt nicht öffentlich aktiv? Er fragt weiter: Wer ist zwar öffentlich aktiv, aber in ungebundenen Formen? Und schließlich: Wer ist freiwillig engagiert im engeren Sinne, etwa in Ehrenämtern oder Freiwilligendiensten? In Berlin waren 2009 etwa zwei Drittel der Bevölkerung ab 14 Jahren - und das sind 10% mehr als 1999 - im breitesten Sinne öffentlich aktiv. Die Steigerung ist allerdings wesentlich auf den Zeitraum bis 2004 zurückzuführen, stagnierte dann und ging bis 2009 sogar leicht zurück. Diese Bewegung wird auch in vielen einzelnen Aspekten des Engagements durchgängig deutlich: Wir haben im Grunde eine Aufschwungphase bis 2004 gehabt, und wir haben seitdem eine Stagnationsphase im öffentlichen Engagement. Was das nun im Einzelnen heißt, das sind Fragen, denen am ersten Thementisch gleich weiter nachgegangen wird.

Es scheint unverbindlicher zu werden, mein zweites Stichwort:

Bis 2004 beobachtet der Freiwilligensurvey allgemein wachsende öffentliche Aktivitäten, der Anteil der sich überhaupt nicht öffentlich in irgendeiner Weise betätigenden über 14-Jährigen sank auf 36 %. Aber nur teilweise sind die Aktivitäten dann auch in verbindlichere Formen freiwilligen Engagements gemündet. Die Umfragen legen sogar seit 2004 einem leichten Trend weg vom freiwilligen Engagement



:: Weiteres dazu in der Vorlage zum **Thementisch: Die Engagementlandschaft**.
pdf-download:
www.engagementwerkstatt.de/wordpress2/?p=7193



Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

nahe, hin zum unverbindlichen, nur irgendwie öffentlichem Engagement.

*Nachfrage Hartmut Frech: Was ist denn konkret dieses „unverbindlich öffentliche“? Das hängt mit der Frageweise des Freiwilligensurveys zusammen: Er hat, wie schon gesagt, nicht von vornherein eine Definition vorgegeben, was freiwilliges Engagement ist, sondern fragt sehr offen: Was machen Sie alles, was verbinden Sie damit? Und versucht dann, aus diesen offenen Antworten, aus einer großen Zahl von Antworten, die natürlich dort zusammenkommen, zwei Gruppen zu bilden. Die eine Gruppe bilden die *freiwillig Engagierten* mit einem Verständnis in Richtung auf freiwillige Dienste, Verpflichtungen in Organisationen. Und die andere Gruppe bilden die öffentlich Engagierten, dort ist man aktiv, man beteiligt sich, man geht zu Veranstaltungen und anderem hin. Die Spanne reicht von einer irgendwie gearteten Teilhabe im öffentlichen Raum - das wäre der weitere Begriff - bis hin zum konkreten Engagement, etwa in einem Altenheim, mit einer bestimmten Verpflichtung und anderem mehr, das wäre dann das freiwillige Engagement. *Zwischenfrage: Also wenn ich zur Urania gehe, bin ich öffentlich engagiert? Gegebenenfalls ja, es kommt darauf an, was Sie dort machen. Sie können dort zu einer Veranstaltung "Wie sieht die Zukunft der Stadtentwicklung in Berlin aus" gehen oder Sie sehen sich einen Diavortrag über Pakistan oder den Ural an. Das letztere wäre einfach eine ganz normale Weiterbildung für sie oder auch einfach Lust und Freude. Es entscheidet sich im Konkreten.**



Carola Schaaf-Derichs: Die Logik des Freiwilligensurvey beruht in Teilen eben auf diesem Aktiv-sein, damit auch Öffentlich-werden, Mitgliedschaften in Vereinen sind erstmal Aktivitäten, auch wenn man nicht gleich operativ etwas macht. Man ist Mitglied im Turnverein, geht fleißig turnen, das ist schon mal mehr, als wenn man nichts täte, und das eigentliche, für uns "freiwillige Engagement", ist dann das operativ Tätigwerden, so mit den zwei Kategorien, glaube ich, kann man es einigermaßen unterscheiden.

Die vor mehr als zehn Jahren nach Berlin Zugezogenen, mein drittes Stichwort: Die in Berlin Geborenen und diejenigen, die in den letzten zehn Jahren zugezogen sind, sind nach dem Survey die



Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

relativ Engagiertesten, während diejenigen, die nicht in Berlin geboren sind, aber schon länger als zehn Jahre in Berlin leben, ein geringeres Engagement ausweisen. Die Frage ist nicht ganz uninteressant, und der Bericht stellt sich ihr ja ausdrücklich, aber: Wie kann man es interpretieren? Ich lebe seit 1968 in Berlin, ich gehöre also zu denen mit erwartbar geringerem Engagement. Ich weiß nicht, wie trennscharf diese Frage tatsächlich ist, "In Berlin geboren oder in Berlin nicht geboren?" Ich lass das einfach mal als Stichwort so stehen, vielleicht wird das nochmal klarer werden an einem späteren Punkt, wenn es darum geht, welche Altersgruppen sich in welchem Umfang engagieren.



Carola Schaaf-Derichs: Offensichtlich spielt heute der Grad der Mobilität der Menschen eine Rolle, wie intensiv sie sich verankern können an einem Ort: Also jemand, der stabile Rahmenbedingungen, Lebensverhältnisse hat, an einem Ort lebt, geboren ist usw. hat nach dem Freiwilligensurvey mehr Möglichkeiten, sich dort zu engagieren, gegenüber demjenigen, der berufsbedingt oder anderweitig bedingt viel mobil ist, wie es heute heißt, viel herumziehen muss, herunkommt, jeweils neue Freundeskreise, neue soziale Netze und anderes aufbauen muss. Das wird als ein Faktor gesehen, der hier mit reinspielt. Ich finde die Bezeichnung "einheimisch" ein bisschen schwierig in der Nomenklatur. Aber bemerkenswert ist der Zusammenhang schon, wenn man bedenkt, dass ein Drittel der heutigen Bevölkerung vor zehn Jahren noch nicht in Berlin gelebt hat, aber gerade die zuletzt Zugezogenen zu den Engagierteren gehören.

Dazu passt mein viertes Stichwort, die unter 45-Jährigen: Bemerkenswert und auch für die weitere Diskussion heute wichtig ist der Befund, dass nicht die Älteren und Erfahrenen, dass die unter 45-Jährigen, und das erklärt vielleicht über Bande etwas den eben erwähnten Zuzugseffekt, seit 2004 das freiwillige Engagement, nun in der engeren Definition, auf dem Niveau von 2004 gehalten haben. Wenn man nur die Altersgruppe der über 45-Jährigen nehmen würde, dann hätte es seit 2004 einen Rückgang gegeben.

Mein fünftes Stichwort sind die "Lebenswelten": Der Survey ist davon ausgegangen, dass es in Berlin unterschiedliche Lebenswelten



Aus der Diskussion ::

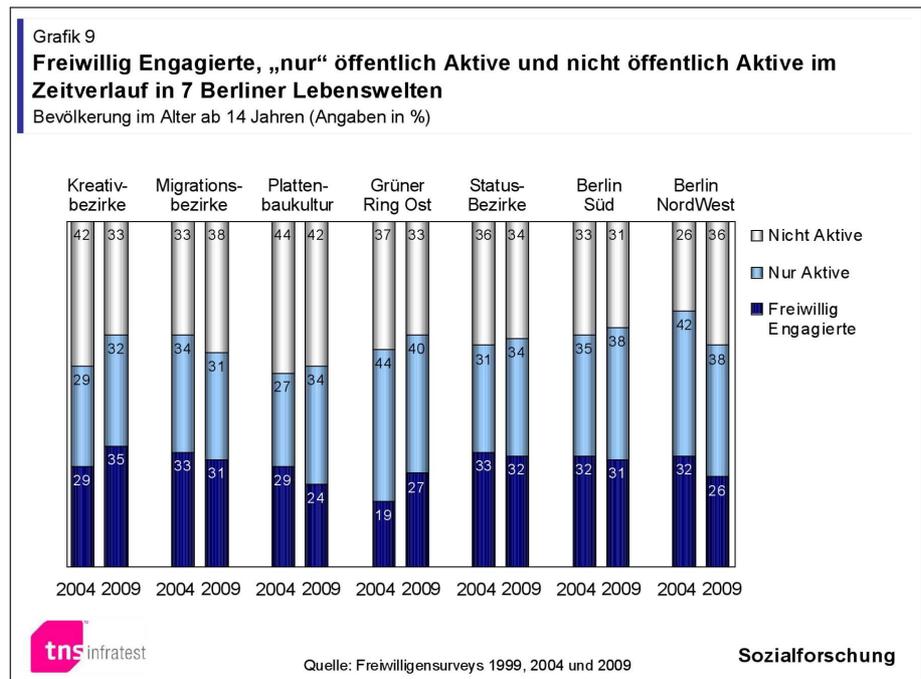
nr. 1 – 05.12.2011

gibt, was für jeden sehr schnell einsichtig wird, der einmal quer durch die Stadt mit der U- oder S-Bahn gefahren ist, ob von West nach Ost oder von Rudow nach Tegel. Für Berlin unterscheidet er insgesamt sieben sozialräumliche Lebenswelten, die Wirkungen haben für öffentliche Aktivitäten und freiwilliges Engagement. Es sind die so genannten *Kreativbezirke*, das ist Prenzlauer Berg, jetzt mehr nach Pankow zu, aber das ist in Bewegung, Kreuzberg kommt dazu, neuerdings Wedding.

Es gibt die so genannten *Migrationsbezirke*, das sind Teile von Mitte, das ist der "alte" Wedding, das ist Moabit, das sind zugleich teilweise frühere Industriebezirke, sind Quartiere, die in den siebziger Jahren (kahlschlag-)saniert worden sind, innerstädtische Neubauquartiere, hier im damaligen West Berlin, dasselbe ist aber auch parallel gelaufen in Ost Berlin.

Wir haben weiter die so genannte *Plattenbaukultur*, wobei es diese Kultur - Plattenbau im technischen Sinne - eben nicht nur in Ost Berlin gibt, sie hat in West Berlin mit den Großsiedlungen im Nordosten, Westen und Süden Parallelen. Spannend ist auch der so genannte *Grüne Ring Ost*, der sich von Köpenick bis hinauf in den Norden, bis nach Pankow zieht, unterbrochen von Plattenbau-, von Neubausiedlungen, mit seinen deutlichen, als positiv wahrgenommenen Verschiebungen.

Zusammengefasst: die *Kreativbezirke* gewinnen, die *Migrationsbezirke* verlieren - und die *bürgerlichen Statusbezirke* und auch





Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

Berlin Süd, Charlottenburg, Wilmersdorf, Zehlendorf, die bleiben "unter den Erwartungen". Nachfrage: "Unter den Erwartungen" heißt verloren? So einfach nicht, aber der Freiwilligensurvey wertet es so, auch was den berlinweiten Durchschnitt angeht. Dabei geht diese Bewertung offensichtlich von einer bestimmten Vorstellung bürgerschaftlichen Engagements aus (ich erinnere an meine Eingangsbemerkungen zu unterschiedlichen Sichtweisen und damit Interpretationsbedürftigkeiten der Ergebnisse des Surveys), dass es nämlich bürgerliche Statusbezirke sind, die Engagement wesentlich tragen, dass gerade diese Milieus besonders bürgerschaftlich engagiert wären, allein schon weil sie dazu die Möglichkeiten, die Ressourcen haben - was aber so einfach offenbar nicht zutrifft, wobei es mal wieder auf das "einfach" ankommt. Schließlich bildet noch Berlin Nord/West mit seinen Großsiedlungen und alten Industriebezirken ein eigenes Milieu, also Reinickendorf, Spandau. Mehr dazu gleich an einem eigenen Thementisch.

:: Weiteres dazu in der Vorlage zum **Thementisch: Engagement & Lebenswelten**. pdf-download: www.engagementwerkstatt.de/worpress2/?p=7193

Das sechste Stichwort, die Älteren: Jetzt komme ich zu den Älteren, die sich zu einer "Problemgruppe" entwickelt haben - ob so richtig wahrgenommen, weiß ich nicht -, aber wo es jedenfalls deutliche Veränderungen gibt. Das Engagement dieser Teilgruppe, der älteren 60-plus, stieg in Berlin zunächst deutlich bis 2004 auf 26% an, fiel dann aber ebenso deutlich wieder auf 19%. Das sind keine nebensächlichen Bewegungen. Etwas weniger stark stieg seit 2004 auch die Zahl der überhaupt nicht Aktiven wieder an.

Und bei der so genannten Bereitschaft, die der Freiwilligensurvey mit Fragen zu unterschiedlichen Bestimmtheitsgraden zu erheben sucht: *Wären Sie grundsätzlich bereit? Wären Sie sicher bereit? Wären Sie vielleicht bereit? Wären Sie gar nicht bereit?* - auch da zeigt sich, dass diese Bereitschaft bei den 60-plus deutlich unter der anderer Altersgruppen liegt, ja unterm Strich mit 51% massiv unterdurchschnittlich ausfällt. Zum Vergleich: die 14- bis 30-Jährigen sind in irgendeiner Form zu 86% bereit, bei den 31- bis 45-Jährigen sind es 83% und bei den 46- bis 59-Jährigen 74%, die grundsätzlich sagen, ja, wir würden gerne und wir täten es auch gerne.

Das ist ein wichtiger Hinweis, weil die Älteren - die in der Regel aus dem Erwerbsleben ausgeschieden (worden) sind - als diejenigen gelten, die ja nun Zeit, eben vom Haupttauschmittel freiwilligen Engagements





Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

gements im Übermaß hätten. Wie man sich das so in der Engagementpolitik vorstellt: Ich erinnere das Bild, mit dem das Bundesministerium für Senioren und andere wirbt, dieses tiefrote Sofa mit einer Delle drinn und der Aussage: "Bitte bleiben Sie nicht im Sofa sitzen, bewegen Sie sich!" Falls, nein als ob das wirklich das Problem wäre; ich komme später nochmal drauf zurück.

Und mein siebtes Stichwort, der ältere Familienjahrgang: Das ist wohl für die weitere Entwicklung und auch für unsere Diskussion heute eine ziemlich bedeutsame Beobachtung im Freiwilligensurvey. Der ältere Familienjahrgang der 46- bis 59-Jährigen bleibt zwar öffentlich aktiv in irgendeiner Form, zieht sich aber latent aus dem freiwilligen Engagement im engeren Sinne zurück. Dazu haben wir dann auch gleich einen Thementisch, deswegen an dieser Stelle nur die allgemeine Aussage.

:: Weiteres dazu in der Vorlage zum **Thementisch: Ältere & Engagement.**
pdf-download:
www.engagementwerkstatt.de/wordpress2/?p=7193

Den jüngeren Menschen gilt mein achttes Stichwort: Insgesamt, wie schon gesagt, eine positive Entwicklung. Sie tragen das freiwillige Engagement in Berlin. Zunächst hatte das Engagement allerdings bei den unter 30-Jährigen bis 2004 bei 22% stagniert, ist aber dann in den letzten fünf Jahren sehr deutlich auf für Berlin überdurchschnittliche 29% gewachsen - und nimmt man irgendwelche öffentlichen Aktivitäten zum Kriterium, kommt es sogar auf 70%. Es erreicht damit auch den Wert der folgenden Altersgruppe der 31- bis 45-Jährigen, die ihr, im engeren Sinne, freiwilliges Engagement ebenfalls kontinuierlich von 25% 1999 auf 36% 2009 erhöht haben.

*In diesem Zusammenhang sind zwei weitere Begriffe wichtig, die eine zentrale Rolle im Freiwilligensurvey spielen: Die so genannten externen und internen Potentiale. Die **internen Potentiale** definiert der Freiwilligensurvey bezogen auf die bereits freiwillig Engagierten, inwieweit sie sagen: "Eigentlich bin ich mit meinem regelmäßigen Besuch im Altersheim noch nicht ausgelastet, ich könnte einfach noch mal eine Lesepatenschaft in einer Schule übernehmen, also mein freiwilliges Engagement ausweiten". Dieses wird dann als interne Bereitschaft oder Potenzial für freiwilliges Engagement gewertet. Und daneben gibt es noch die **externen Potentiale**. Das sind diejenigen aus der ja sehr breit gefassten Gruppe von "irgendwie öffentlich" aber nicht "schon bereits freiwillig Engagierten", die sich bereit erklären, zukünftig ein verbindlicheres Engagement einzugehen, sprich, sich im engeren Sinne freiwillig zu engagieren.*



Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

Die externen Potenziale sind für diese Altersgruppe sehr hoch und bemerkenswert: nur 14% oder 15% der Männer und Frauen in dieser Gruppe sind überhaupt nicht engagementbereit. Zudem gibt es eine deutliche Angleichung zwischen Männern und Frauen, mit einigen Besonderheiten; auf eine werde ich gleich noch mal kurz eingehen. Als besonders bemerkenswert gerade für die letzten fünf Jahre notiert der Freiwilligensurvey, dass die Gruppe der jungen Menschen in Ausbildung, die in irgendeiner Form im Ausbildungs- und Bildungssystem sind, mit 30% die zweithöchste Engagementquote in Berlin nach den Erwerbstätigen hat, wenn man nach Erwerb- oder Tätigkeitsbereichen fragt. Die Erwerbstätigen selber weisen die höchste Engagementquote in Berlin auf. Noch auffälliger ist hier der Anteil der "nur" Aktiven - das sind die Zuschreibungen aus dem Survey, deshalb auch in Anführungsstrichen - mit 44% oder der mit nur 26% überhaupt nicht Aktiven. Anders ausgedrückt: Dreiviertel sagen, dass sie in irgendeiner Form bereits jetzt öffentlich aktiv sind.

:: Weiteres dazu in der Vorlage zum **Thementisch: Jüngere & Engagement**.
pdf-download:
www.engagementwerkstatt.de/worpress2/?p=7193

Das neunte Stichwort sind die Engagementmittler: Da geht's im

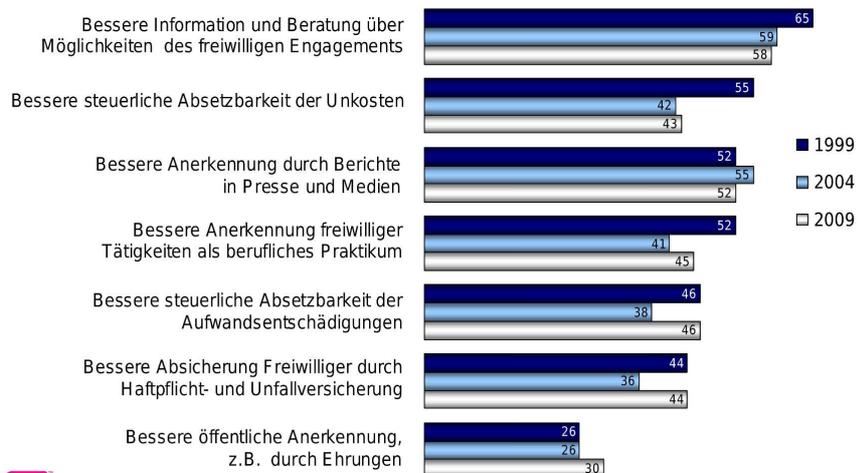
Grunde darum: Was sagen denn diese Zahlen der Berliner Auswertung des Freiwilligen surveys 2009, nur einige wenige daraus konnten ja angeführt werden, und was folgt aus ihnen? Was ist zu tun, was ist möglich? Wie kann unterstützt, gefördert werden, was schon da ist, was werden könnte? Wie kann das weiter aktiv entfaltet werden? Die ganze engage-

Grafik Z19

Verbesserungsvorschläge der Freiwilligen an den Staat bzw. die Öffentlichkeit

Zeitaufwendigste freiwillige Tätigkeiten (Angaben in %)

Da drückt der Schuh, da wären Verbesserungen nötig ...



Quelle: Freiwilligen surveys 1999, 2004 und 2009

Sozialforschung



Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

mentpolitische Landschaft mit ihren Strukturen, Agenden, Schwerpunkten, den Verortungen in einer weitläufigen Stadt, einer Metropole steht auf dem Prüfstand - besonders auch mit ihren Anlaufstellen und Vermittlern wie etwa den Freiwilligenagenturen.

"Bessere Information und Beratung über Möglichkeiten des freiwilligen Engagements werden in Berlin von vielen Freiwilligen gefordert. Eine Möglichkeit dazu sind Informations- und Kontaktstellen (Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und anderes), die in den letzten Jahrzehnten dafür eingerichtet wurden. In Berlin hat sich der Kontakt der Bevölkerung mit solchen Stellen zwischen 1999 und 2004 von 7% auf 10% erhöht, seitdem ist er gleich geblieben (2009: Hamburg 9%, Bremen 10%, bundesweit 9%). 37% der Berlinerinnen und Berliner (Hamburg 34%, Bremen 33%) bekundeten 2009 Interesse, sich bei Informations- und Kontaktstellen über Möglichkeiten des Engagements zu erkundigen, das ist der höchste Wert aller Bundesländer. Der Kontakt scheint oft positiv zu verlaufen, da 55% derjenigen, die bereits eine Informations- und Kontaktstelle besucht haben, ihr Interesse äußerten, das unter Umständen wieder zu tun. Von denen, die noch keinen Kontakt hatten, hatten 35% Interesse am Kontakt.

Informations- und Kontaktstellen haben in Großstädten und Metropolen eine wichtige Bedeutung für die Förderung des freiwilligen Engagements. Sie sind besonders wirksam, wenn sie ihr Aufgabenspektrum über die Vermittlung von Freiwilligen hinaus erweitern und sich zu kommunalen Entwicklungsagenturen wandeln. Alle, die etwas zur kommunalen Zivilgesellschaft beitragen können, miteinander ins Gespräch zu bringen und zu vernetzen ist die wichtigste Aufgabe. Das betrifft die Träger des Engagements, Politik und Verwaltung, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Wirtschaft und Medien und andere. Dazu kämen zielgenaue Angebote der Weiterbildung für Freiwillige ebenso wie für die Akteure der Engagementförderung sowie Beratung für die Träger über zeitgemäße Formen der Rekrutierung und des Einsatzes von Freiwilligen. Das erfordert jedoch Ressourcen von nicht unerheblichem Umfang, mit denen qualifiziertes Personal und ausreichende Sachmittel finanziert werden können." (Freiwilligensurvey Berlin 26-27)

Dazu nun in der gebotenen Kürze, auch hierzu gibt es heute einen Thementisch, einige Anmerkungen. Grundsätzlich gilt, dass früher nicht aktive Menschen seit 1999 vermehrt "aktiv" wurden, sie konnten aber nur zum Teil für freiwilliges Engagement im engeren Sinne gewonnen werden. In den Zuschreibungen, den Kategorien des Freiwilligensurveys ist die Berliner Bevölkerung insgesamt aktiver geworden, aber dieses Wachstum gestiegener "öffentlicher" Aktivität ist nur zum Teil in freiwilliges Engagement umgesetzt worden, aus wel-



Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

chen Gründen auch immer, dazu eine erste Runde, wie gesagt, gleich am Tisch.

Mein zehntes Stichwort ist **Geschlechter und ihre Lebenslagen:**

Die gut versorgten Männer in Berlin sind relativ gering engagiert, das ist eines der bemerkenswertesten Ergebnisse, bezogen auf Unterschiede von Männern und Frauen. Gefragt wurde dabei nach der wirtschaftlichen Situation. Berlin unterscheidet sich mit seinem insgesamt recht niedrigen Niveau deutlich von den alten Bundesländern, wo 46% der gut Versorgten tatsächlich engagiert sind - in Berlin sind es 26%. Hier sind einmal mehr die Milieus angesprochen, aber auch (unsere) Vorerwartungen wie die, dass eigentlich in einem gut bürgerlichen, gut versorgten Milieu hohes gesellschaftliches Engagement, viel politische Aktivität sein müsste; offenbar eine Übertragung von auf den ersten Blick schlüssigen Beobachtungen vor allen Dingen aus den alten Bundesländern. Der Berliner Befund, das wird ausdrücklich festgestellt, ist außergewöhnlich. Er gilt mit dieser sehr niedrigeren Engagementquote so nur für Berlin, denn auch in den Neuen Bundesländern sind immerhin 32% der Gutversorgten freiwillig engagiert. Und weil die Abnahme des Engagements, die seit 2004 zu beobachten ist, ausschließlich zu Lasten der Männer geht, kann man vielleicht die Schlussfolgerung ziehen, dass gut versorgte Männer relativ gering engagiert sind - im Durchschnitt.

Insgesamt nimmt die Engagementquote von Männern jedoch leicht zu, aber die Steigerung hing nicht an Männern, die gut versorgt waren, sondern an solchen mit einer nur befriedigend eingeschätzten wirtschaftlichen Situation, vor allen Dingen aber auch an denjenigen, die schlecht versorgt waren. Bei Frauen wiederum spielt das Kriterium "Wie gut ist man versorgt oder nicht versorgt, wie gut sind die Lebensverhältnisse?" keine so große Rolle. Das ist, wie bereits gesagt, wie alle Zahlen des Freiwilligensurveys interpretationsfähig, interpretationsbedürftig auch, aber es ist, glaube ich, nicht ganz nebensächlich für die Frage, wie freiwilliges Engagement sich

:: Weiteres dazu in der Vorlage zum **Thementisch: Engagementmittler & Engagementpotenziale.**

pdf-download:
www.engagementwerkstatt.de/worpress2/?p=7193





entwickeln wird, wie es sich entwickeln sollte, wo die kritischen Wegepunkte möglicher Entwicklungspfade aus der jetzigen Situation heraus liegen (könnten).

Mein elftes Stichwort schließlich gilt der Erwerbslosigkeit: Erwerbslose und Menschen mit einfacher Bildung lassen sich mit zwei Beobachtungen - nicht allseitig, aber zumindest in bestimmter Hinsicht - beschreiben. Unter den Erwerbslosen gibt es zwar stabil relativ viel Engagierte, aber seit 2004 zugleich weniger öffentlich aktive Menschen. Das heißt, die Zahl derjenigen ist gestiegen unter den Erwerbslosen, die sich überhaupt nicht engagieren. Das wird im Freiwilligensurvey interpretiert als Indikator für eine wachsende soziale Inklusion eines Teils dieser Gruppe. Wie bestandsfähig diese Sicht ist in dieser sehr generellen Schlussfolgerung muss man sehen. Und es besteht eine große Lücke im Engagement bei Berlinern mit mittlerem Bildungsniveau, nur 22% sind freiwillig engagiert, und eine noch größere bei denjenigen mit einfacher Bildung, nur 16%. Die vergleichsweise starke Schlussfolgerung in dem Zusammenhang - auch für die sonstigen Aussagen des Freiwilligensurveys, wenn er denn versucht, zu interpretieren - ist recht eindeutig: Es lasse sich kaum eine öffentlich marginalisiertere Gruppe denken, als einfach gebildete Menschen in den Großstädten. Das ist zumindest eine Herausforderung, und es wirft natürlich viele Fragen auf.

Meinen Bericht möchte ich nicht abschliessen ohne einige (persönliche) Anmerkungen - auch wieder nur in Stichworten -, die ich mir beim Lesen dieses Berichts notiert habe, wozu aber in der gebotenen Breite, in der notwendigen Analyse und in der nachvollziehbaren Begründung hier weder die Zeit noch der Ort ist. Sie sind dazu in einem ersten Zugriff stattdessen gleich eingeladen an den Thementischen. Hier meine Anmerkungen Ihnen auf den Weg:



Und was ich noch sagen wollte ...

- Es ist die vielerorts sogenannte „wohlhabendste Generation der Rentner_innen, die je gelebt hat“, die sich offenbar in den letzten Jahren zurückgezogen hat. Und die kommende wird zukünftig wohl noch mehr mit „sich beschäftigt“ sein angesichts absehbarer sinkender „Wohlstände“ für viele im Alter, trotz aller politischen Anrufungen. - Alternativlos?



Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

- Es ist die Generation der Familie & Beruf „geschafft“ Habenden über 45, der als „Etablierte“ wahrgenommenen, die in den letzten Jahren offenbar immer öfter „erschöpft“ verschnauft. Und die für den familiären wie beruflichen „Erfolg“ zu zahlenden persönlichen „Kosten“, sie werden zukünftig in immer komplexeren Lebenssituationen und sich weiter verdichtenden, anfordernden Arbeitsverhältnissen auch nicht geringer werden. - Alternativlos?
- Es gibt Menschen mit einfacher Bildung, oder Erwerbslose mit Engagementquoten vergleichbar denen der „Gut Versorgten“, die beim Freiwilligen Engagement in Berlin offenbar eher am Rand stehen. Sie sind aber wohl ebenso wenig wie die Alten ein einfach abschöpf-, ein aufwandslos abrufbares Potenzial. Sie sind nur, aber sie sind durch sorgsame Begleitung und Unterstützung in ihren jeweiligen Möglichkeiten aktivierbar - eine Dienstleistung allerdings, die organisiert und persönlich vor Ort erbracht werden muss, die nicht online oder auf Halde produzierbar ist, und die vor allem wie alle solche persönlichen Dienstleistungen „kostet“. - Nicht leistbar?

Und was ich auch noch sagen wollte ...

- Es sind offenbar die <45, die sich jetzt noch mit „Kraft“ verstärkt engagieren, man könnte auch sagen, sich wehren, um wenigstens für sich in Beruf und Familie und vor Ort - auch angesichts vielfältigen massiven Staats-, Markt- und auch Organisationsversagens - zuträgliche Lebenswelten mit Alternativen und Zukünften zu schaffen ...
- Es sind offenbar die gut Ausgebildeten und Lernenden, die noch Hoffnung haben, dass es diese Lebenswelten nicht nur als private geben wird und kann, die sich verstärkt öffentlich für eine bessere Zukunft, für ihre (aber nicht nur ihre) engagieren ...
- Es könnten noch mehr sein, die aber meistens ebenso wenig wie die Alten kein durch irgendwelche auf Fristablauf gesetzte (Modell-)Programme und kein möglichst aufwandsarm online abschöpfbares Potenzial bilden, die mehr als bisher nur durch sorgsame Begleitung und Unterstützung in ihren jeweiligen Möglichkeiten teilhaben können: Eben durch die persönliche „Dienstleistung“ von Engagementmittlern ...
- Es gibt noch viel zu tun, der Survey gibt wichtige Hinweise, sie sind der Diskussion wert, um dann realitäts- und teilhabemächtige Verabredungen Aller mit Allen zur Förderung Freiwilligen Engagements (in Berlin) zu treffen. Ob und wie es dann geht, wird sich zeigen, und wenn nicht, stehen halt wieder Symposien an, und neue Verabredungen. Aber verbindliche Verabredungen, das wäre nicht schlecht. Denn immerhin wissen wir durch den Survey jetzt etwas mehr, wie es ist.

Und ganz zuletzt ...

- Ja, Bildung ist ein Thema, aber auf eine andere Weise als gemeinhin thematisiert: Es ist



Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

(auch) dieses Bildungssystem mit seinen nicht Alle einschließenden, nicht Alle in ihren eigenen wie gemeinsamen Möglichkeiten befähigenden Strukturen und Wirkungen, welches nun engagierte freiwillige öffentliche Solidarität, aber auch freiwilliges Lernen, Begleiten und Sorgen im demografischen Wandel so sehr für viele (auch anwaltlich) auf die Tagesordnung gesetzt hat. Denn sonst blieben viele Menschen sich selbst (und der Für-Sorge) überlassen, und sie hätten nicht teil, sie blieben draussen.

- Noch eins zu den Alten: Sie werden nicht die „Retter“ sein. Sie sind dabei, mit ihren Kräften, ihrem Wissen, ihren Erfahrungen, aber sie haben ihren (Lebens-)Lauf ... und irgendwann werden sie ihre Werkzeuge beiseite legen (müssen), sie werden nicht mehr überall dabei sein (können); doch für ein Gespräch über Erfahrungen wird noch für lange Zeit danach Zeit sein, wo immer und falls man sich begegnet. Stemmen müssen es aber wohl tagtäglich die, die es offenbar schon längst übernommen haben ...
- Und noch eine Frage zuallerletzt: Was ist eigentlich gesellschaftlich, politisch in den letzten Jahren in dieser Stadt und in diesem Land passiert, dass es diese doch bemerkens- und nachdenkenswerten Bewegungen seit einigen Jahren gibt, die der Survey auf seine Weise dokumentiert? Was wissen wir wirklich darüber, warum es mit dem Freiwilligen Engagement so ist wie es ist - und nicht längst anders?

"Selbstportrait" - ganz wie aktuell gewünscht - nach der neuesten Mode

*Aufgenommen
im Juni 2011
auf dem Marktplatz
in Friedrichshagen*





Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

- Engagementformen müssen unabhängig von der jeweiligen Lebenswelt gefördert werden.
- Info-Pakete für „Neu-Berliner/innen“ über Gelegenheiten und Strukturen im bürgerschaftlichen Engagement sollten vielerorts in Berlin angeboten werden.
- Freiwilligenagenturen sind bekannter und leichter zugänglich zu machen.
- Neben dem operativen Engagement ist das „demokratische Beteiligungsentagement“ zu fördern, Freiwilligenagenturen sind entsprechend in ihrem Angebot zu erweitern und zu qualifizieren.



ÄLTERE MENSCHEN & ENGAGEMENT

- Es existiert ein großer Kern langjährig Engagierter.
- Hindernisse für den Einstieg ins Engagement sind finanzielle Belastungen, und die Abwesenheit anderer anerkennender Rahmenbedingungen.
- Es bestehen hohe aktive & passive Informationsdefizite über die Engagementlandschaft und -gelegenheiten.
- Um „Mutproben“ und Verunsicherungen zu vermeiden, sollte eine Lotsenfunktion für Ältere im Engagement, am besten mit Beratung wie in einer Freiwilligenagentur, ermöglicht werden.
- Neue Vereinszugehörigkeiten sind im Alter eine ungewollte Schwelle.
- Zusammengefasst: Engagement im Alter scheint also in hohem Maße unterstützungs-, begleitungs- und orientierungsbedürftig (Lotsendienste, Mentoring) zu sein, etwa durch vermittelnde und auch entwickelnde





Thematisch: Die Engagementlandschaft

Themenanwalt: Claus Foerster, AWO LV Berlin

Reporterin: Susanne Eckhardt-Lutsch, Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Wo findet Engagement statt und welche Engagementfelder sollten verstärkt erschlossen werden? Welche Motive und Erwartungen spielen beim Engagement eine Rolle und wie lassen sich diese Erkenntnisse nutzen?

Einige Ergebnisse & Aussagen des Surveys zum Thema.*

(0) Der Freiwilligensurvey unterscheidet nicht öffentlich Aktive, nur öffentlich Aktive und darüber hinaus (organisiert) freiwillig Engagierte.

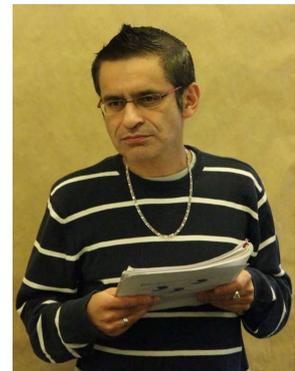
(1) **Gestiegenes Engagement, gesunkene organisatorische Bindungsbereitschaft.** In Berlin hatten 2009 65% und damit absolut 10 % mehr als 1999 der ab 14-jährigen Bevölkerung (wenigstens einen lockeren) Kontakt zu Gruppen, Initiativen, Vereinen oder Verbänden, öffentlichen Organisationen, Institutionen oder Einrichtungen. Nach Steigerung von 1999 auf 2004 von 24 auf 29 % stagnierte aber der Anteil der freiwillig Engagierten bis 2009 (28 %), und der Anteil der zwar öffentlich beteiligten aber keine bestimmten Aufgaben übernehmenden Engagierten wuchs von 1999 auf 2009 von 31 % auf 37 %.

(2) **Berlingeborene und jüngst Zugezogene sind mehr engagiert.** Gut ein Drittel der Bevölkerung lebte 2009 erst seit zehn Jahren in der Stadt. Bemerkenswert ist im zeitlichen Verlauf das seit 1999 stetig wachsende freiwillige Engagement der Berliner seit Geburt (24 % auf 32 %), und ebenso der in den letzten zehn Jahren Zugezogenen (19 % auf 29 %). Die seit mehr als zehn Jahren in der Stadt Lebenden wiesen 1999, 2004 und 2009 jeweils den mit Abstand höchsten Anteil an Nicht Aktiven (48, 39, 40 %) aus.

(3) **Kindergarten, Schule & Soziales Schwerpunkte des Engagements.** Zwar gehören auch bundesweit „Sport und Bewegung“ und „Kindergarten und Schule“ zu den besonders großen Bereichen des Engagements. In Berlin sind jedoch Kindergarten und Schule als Feld des Engagements mit dem Sport quantitativ fast gleichwertig, bun-

*: Vorlage zum Symposium:
Thematisch: Die Engagementlandschaft.

pdf-download:
www.engagementwerkstatt.de/wordpress2/?p=7193





desweit eine Ausnahme. Das gilt auch für die (relativ zu den beiden führenden Bereichen gesehen) starke Stellung des sozialen Engagements, das sich noch deutlich vor dem kirchlich-religiösen Engagement einordnet.

(4) **Jüngere Familienjahrgänge stabilisieren das Engagement.** Einem kräftigen, von allen über 30-Jährigen, besonders den ab 60-Jährigen getragenen Anstieg des Engagements zwischen 1999 und 2004 (von 55 auf 64 %) folgte bis 2009 praktisch Stagnation, insbesondere durch starke Rückgänge bei den Älteren, vor allem den 46-59-Jährigen, ausgeglichen nur durch verstärktes Engagement der Jüngeren bis 45 Jahre, vor allem, wie auch im Bundestrend der jüngeren Familienjahrgänge der über 30-Jährigen (von 1999 = 25 % auf 2009 = 36%).

(5) **Lebenswelten haben Wirkung.** Unterschiedliche Lebenswelten spielen auch eine gewisse Rolle: Kreativbezirke gewinnen, Migrationsbezirke verlieren, Bürgerliche Statusbezirke unter Erwartungen, Plattenbau- und alte Industriebezirke im Westen mit den meisten nicht Aktiven, Verbesserungen auch im Grünen Ring Ost.



(6) **Politische Kultur der Verantwortungsübernahme als Herausforderung:** *"Förderung der Eigeninitiative sozial Benachteiligter [...] [scheint] besser zu funktionieren als [...] Förderung einer sozial produktiven Verhaltenskultur [...] bei Menschen, bei denen die Verbesserung des materiellen oder sozialen Status weniger im Vordergrund steht. [...] Sicher kann es auch politisch-ideologische Gründe haben, wenn sich Teile der bürgerlichen Kreise vom zivilgesellschaftlichen Engagement fernhalten. Das ist jedoch [...] für eine nachhaltige Engagementförderung zu kurz gegriffen. Der Politik stellt sich dabei in erster Linie eine kulturelle Aufgabe. Es ginge um Verbreitung eines Leitbildes, das Elemente einer wünschenswerten Lebensweise im kommunalen Gemeinwesen benennt. Darunter*



Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

stünde die freiwillige Übernahme von Verantwortung im Rahmen der Zivilgesellschaft im Vordergrund. Dabei müsste jedoch klar werden, dass die jeweiligen Beiträge in einem Verhältnis zu den materiellen, sozialen und kulturellen Ressourcen der Bürgerinnen und Bürger stehen müssen. Wo mehr davon vorhanden ist, wird - auf freiwilliger Basis und in einem moralischen Sinne - mehr verlangt, als wo das weniger der Fall ist."*

*: Berliner Freiwilligensurvey, S. 29

Über die Diskussion am Thementisch berichtet:

- Cluster/ Abgrenzungen sind im Freiwilligensurvey teilweise schwierig nachzuvollziehen (gerade im Bereich der Tätigkeitsfelder).
- Die Motivation und die Interessen der Freiwilligen sind sehr unterschiedlich. Es wird eine Vielfalt gewünscht und diese Vielfalt auch so beworben werden. Das kann über verschiedene Kommunikationswege und Plattformen geschehen.
- Erwartungen an die freiwillige Tätigkeit: Engagement für das Gemeinwohl aber auch für sich Selbst.
- Kommunizieren: „Engagement verbindet“ (Es macht Spaß und man tut etwas für das Gemeinwohl).
- „Engagement bereichert“ (Es tut auf beiden Ebenen gut).
- Weitere Kommunikation der win-win Situation (Wandel des Ehrenamtes).
- Anerkennung sollte auf möglichst vielen Ebenen zur Verfügung gestellt werden (aus dem Engagement heraus, institutionell, staatlich ...) Frage der Anerkennungskultur, qualitative Weiterentwicklung der Anerkennungskultur und Stärkung der vorhandenen Instrumente.
- Kooperationen mit Jobcentern (Attraktivität für Langzeitarbeitslose stärken, Entwicklung von langfristigen Modellen der Partizipation und Teilhabe von Langzeitarbeitslosen).
- globales Bürgerschaftliches Engagement als „fehlendes Tätigkeitsfeld“ z.B. Online Volunteering, Engagement im Ausland (z.B. 2 Monate in Afrika).





Thematisch: Engagement & Lebenswelten

Themenanwalt: Dr. Jochen Gollbach, FreiwilligenAgentur Marzahn-Hellersdorf

Reporter: Tobias Baur, Humanistische Union

Welche Schlußfolgerungen legen die unterschiedlichen Engagements in den sozialräumlichen Lebenswelten nahe? Sind sie in diesen Mileus gebunden? Wie und kann es gelingen, die in den Lebenswelten offensichtlich unterschiedlichen Engagementbereitschaften und -potenziale über die je eigenen Mileus hinaus im Interesse einer gesamtstädtischen Entwicklung stützend als 'bridging capital' zu aktivieren?

Einige Ergebnisse & Aussagen des Surveys zum Thema.*

(0) **Sieben sozialräumliche Lebenswelten.** Der Freiwilligensurvey unterscheidet für Berlin sieben sozialräumliche Lebenswelten, die sich auf das freiwillige Engagement unterschiedlich auswirken: Kreativbezirke, Migrationsbezirke, Plattenbaukultur, Grüner Ring Ost, Statusbezirke, Berlin Süd und Berlin NordWest.

(1) **Kreativbezirke legen zu, Migrationsbezirke verlieren.** Im Berliner Stadtkern hat sich das freiwillige Engagement zwischen den Migrationsbezirken des Westens (Wedding, Teile Neuköllns) und den Kreativbezirken (Teile von Mitte, Prenzlauer Berg, Friedrichshain, nördliches Neukölln) auseinanderentwickelt: 2004 noch vergleichbar, ist es in den Kreativbezirken bis 2009 gewachsen (von 29 auf 35 %), in den Migrationsbezirken zurückgegangen (von 33 auf 31 %); beide liegen aber über dem Berliner Durchschnitt (28 %).

(2) **Grüner Ring Ost holt auf, Plattenbaumilieus verlieren deutlich und haben die meisten nicht Aktiven.** Im Berliner Osten gibt es zwischen dem Grünen Ring Ost (von Köpenick bis nach Pankow) und den Plattenbaumillieus seit 2004 ebenso eine gegenläufige Entwicklung: Letztere weisen einen deutlichen Rückgang beim freiwilligen Engagement auf (von 29 auf 24 %) und hatten 2009 berlinweit mit Abstand den höchsten Anteil an Nicht Aktiven (42 %; allerdings auch 2004 schon 44 %). Im Grünen Ring Ost hat sich der Anteil der nur Aktiven und der freiwillig Engagierten auf 67 % und damit über dem

* Vorlage zum Symposium:
Thematisch: Engagement & Lebenswelten.
pdf-download:
www.engagementwerkstatt.de/wordpress2/?p=7193





Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

Berliner Durchschnitt (65 %) erhöht, und berlinweit gab es hier den größten Aufschwung im freiwilligen Engagement (von 19 auf 27 %, damit fast Berliner Durchschnitt von 28 %).

(3) **Bürgerliche Statusbezirke bleiben hinter Erwartungen, Nord-West verliert deutlich.** In den verbleibenden drei Mileus in Westen Berlins hätten die Autoren des Freiwilligensurveys für die bürgerlichen Statusbezirke Charlottenburg und Wilmersdorf und auch Berlin Süd sich schon für 2004 ein höheres freiwilliges Engagement vorstellen können und beobachten für 2009 eine leichte Abnahme (32 bzw. 31 %) bei gleichzeitig leichter Zunahme der nur Aktiven (34 bzw. 38 %). In Berlin NordWest mit Reinickendorf und Spandau ist der Anteil der nicht Aktiven von 26 % (dem niedrigsten Wert 2004) auf überdurchschnittliche 36 % gestiegen, zu deutlichen Lasten insbesondere des freiwilligen Engagements (gesunken von 32 auf 26 %).

(4) **Selbsthilfe reicht in sozialen Brennpunkten nicht aus:** "Engagementförderung in der Metropole hat besondere Hintergründe. Einer bezieht sich darauf, dass sich hier weit mehr als in der ländlichen Fläche und in der Kleinstadt soziale Brennpunkte finden, Stadtregionen oder Stadtviertel, in denen sich sozial und kulturell Benachteiligte konzentrieren. Die Erfahrung ist, dass in solchen Milieus die soziale Selbsthilfe nicht hinreicht, um die soziale Integration zu verbessern, sei es auf private oder zivilgesellschaftliche Weise. Es sind also insbesondere der soziale Mangel, die fehlenden materiellen, sozialen und kulturellen Ressourcen, die es nötig machen, dass der Staat (und auch andere öffentliche oder private Akteure) eingreifen, um die Kräfte der Selbstorganisation und der Selbsthilfe anzuregen und zu unterstützen. Ein anderer Ansatz der Engagementpolitik, der zum ersten nicht in Alternative steht, aber durchaus zu gewissen Synergieeffekten führen kann, bezieht sich nicht einfach auf einen Mangel, sondern mehr auf die Freisetzung eines sozialen Überschusses. In Großstadt und Metropole konzentrieren sich neben den sozial Schwachen auch gut ausgebildete und gut situierte Menschen, die eigentlich der öffentlichen Aktivität und dem freiwilligen Engagement nahestehen und,





Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

was besonders wichtig ist, dazu von ihren materiellen, sozialen und kulturellen Ressourcen auch besonders befähigt sind.^{*}

*: Berliner Freiwilligensurvey,
S. 28

Über die Diskussion am Thementisch berichtet:

Lebenswelten sind nicht an Bezirksgrenzen gebunden

- Bezirksübergreifende Kooperationen und Projekte notwendig.
- Neben der bezirklichen Engagement-Politik muss auch eine landesweite Engagement-Strategie entwickelt werden.

Wohnort ist oft, aber nicht notwendigerweise auch der Engagementort

- Mobile Freiwillige können auch für Engagement in anderen Lebenswelten gewonnen werden.

Motivation zu freiwilligem Engagement verändert sich je nach Lebenssituation und Lebenslage.

- Motivationslagen der Freiwilligen müssen in Erfahrung gebracht werden.
- Motive zum Engagement müssen aufgegriffen und sich in den Engagementmöglichkeiten widerspiegeln.

Freiwilliges Engagement ist immer individuell und lebenslagenbezogen

- Unabhängig von der Lebenswelt muss die BerlinerInnen die Möglichkeit gegeben werden, einen Bezug zu „ihrem“ individuellen Engagement zu entwickeln.

Berlin ist ein Ein- und Umzugsland

- NeubürgerInnen sollten ein „Info-Paket“ zu den Möglichkeiten des bürgerschaftlichen und freiwilligen Engagements erhalten.
- Die FreiwilligenAgenturen müssen bekannter gemacht werden und leichter als bisher zu finden sein.

Die „neuen“ Formen des Engagements werden bisher zu wenig beachtet

- Blick muss von der reinen „ehrenamtlichen“ Tätigkeit (z.B. Wahlamt im Verein) auch auf das Handlungsfeld „Bürgerengagement“ (z.B. Stuttgart21, Bürgerinitiativen, Occupy-Bewegung) geweitet werden.
- FreiwilligenAgenturen sollten von „Ehrenamtsagenturen“ zu „Engagementagenturen“ qualifiziert werden.





Thematisch: Ältere Menschen & Engagement

Themenanwältin: Elke Korge, SeniorekompetenzTeam Berlin

Reporter: Jo Rodejohann, Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Welche Hindernisse gibt es für ein größeres Engagement von Menschen im Ruhestand und warum ist auch ein Rückgang des Engagements der älteren Familienjahrgänge (46 - 59-Jährige) - im Gegensatz zum gesamten Bundesgebiet - in Berlin zu verzeichnen?

Einige Ergebnisse & Aussagen des Surveys zum Thema.*

(1) Nicht die Älteren & Erfahrenen, es sind die unter 45-Jährigen, die freiwilliges Engagement auf Niveau halten. In Berlin hat seit 2004 eine deutliche Umschichtung des freiwilligen Engagements von den Jahrgängen der ab 46-Jährigen zu den unter 46-Jährigen stattgefunden. Der Anstieg des freiwilligen Engagements von 1999 bis 2004 (24 auf 29 %) wurde von allen Altersgruppen 31+ getragen, insbesondere 60+ (16 auf 27 %). Die relative Stabilisierung seit 2004 bis 2009 auf "niedrigem" Niveau (29 auf 28 %) sicherten die beiden Altersgruppen 14-30 und 31-45, während das freiwillige Engagement der 46-59-Jährigen von 35 auf 27 % und der Alten 60+ von 27 auf 22 % sank.

(2) Erneutes Disengagement seit 2004 besonders von Rentner_ und Pensionär_innen. "Extrem" nennen die Autoren des Surveys die Entwicklung in der Altersgruppe 60+, betrachtet man nur die Renter- und Pensionär_innen: "Bei Menschen im Ruhestand müssen seit 2004 wieder stärkere Hindernisse gegenüber dem Engagement aufgekommen sein. Das war bundesweit nicht so." Das Engagement dieser Gruppe stieg in Berlin von 1999 bis 2004 von 14% zwar auf 26 % . Aber es fiel bis 2009 wieder auf 19%. Etwas weniger stark stieg auch die Zahl der nicht Aktiven wieder an (1999 = 60, 2004 = 44, 2009 = 48 %).

(3) Geringste & sinkende Engagementbereitschaft unter allen Al-

*: Vorlage zum Symposium:
Thematisch: Ältere Menschen & Engagement.
pdf-download:
www.engagementwerkstatt.de/worpress2/?p=7193





Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

tersgruppen bei 60+. Auch die Bereitschaft der nicht oder nur öffentlich Aktiven in der Altersgruppe 60+ (2009 = 78 %), sich bestimmt oder eventuell freiwillig zu engagieren, lag 2009 mit 12 bzw. 17 % deutlich unterhalb derjenigen in den anderen Altersgruppen - und damit war die grundsätzliche Engagementbereitschaft (engagiert + bestimmt + eventuell) mit nur 51 % massiv unterdurchschnittlich; zum Vergleich: 14-30 = 86 %, 31-45 = 83 % und 46-59 = 74 %. Zwar betrug diese 1999 noch 69 %, aber der Anteil der freiwillig Engagierten wuchs nur von 1999 = 16 über 2004 = 27 auf 2009 schließlich nur 22 %.

(4) Der ältere Familienjahrgang der 46-59-Jährigen bleibt zwar öffentlich aktiv, zieht sich aber aus dem freiwilligen Engagement zurück. Nach 2004 gab es besonders bei den 46-59-Jährigen deutliche Verluste: "Letzteres gab den Ausschlag dafür, dass die Quote Berlins nicht mehr vorwärtskam." Und da in Berlin der Anteil der Bevölkerung 46+ seit 2004 von 49% auf 54% zunahm, wirkten sich die Rückgänge in in dieser Altersgruppe wie auch der der Älteren besonders deutlich aus. Seit 2004 scheint es bei 46-59-Jährigen einen Rückfall eines Teils der Freiwilligen in den Status der „nur“ Aktiven gegeben zu haben. Das interne Potenzial, also die Bereitschaft zur Erweiterung des freiwilligen Engagements, ist bei dieser Gruppe überdies auch kleiner geworden, während es 1999 unter allen Altersgruppen noch das größte war. In der ältesten Gruppe 60+ hat sich das interne Potenzial dagegen seit 1999 nochmal von 5% auf 9% fast verdoppelt. Und nur bei den 60+ hat sich das externe Potenzial grundsätzlicher Engagementbereitschaft noch erhöht, dagegen nicht wirklich bei der Problemgruppe 46-59.

(5) Auf die Erfahrung und Kompetenz dieser Jahrgänge sollte nicht verzichtet werden : *"Die Belebung des Engagements der Jüngeren ist zwar zu begrüßen, dennoch wäre ein besserer Einbezug auch der reiferen und älteren Jahrgänge ins Engagement wünschenswert. Die Zivilgesellschaft kann und sollte auf die Erfahrung und Kompetenz dieser Jahrgänge nicht verzichten. Es scheint in Großstädten und Metropolen allerdings allgemein schwieriger zu sein, die reifen und älteren Jahrgänge in das Engagement einzubeziehen. Das könnte auch mit der Thematik der vorhandenen Angebote zu tun haben, die heute in den Metropolen möglicherweise den jüngeren Altersgruppen mehr entgegenkommen."**



*: Berliner Freiwilligensurvey, S. 14



Über die Diskussion am Thementisch berichtet:

Die Themenanwältin stellte die zentrale Anfrage aus den Befunden für ältere Menschen in den Mittelpunkt der Diskussion: Ihr erneutes Disengagement seit 2004, besonders von Rentner_ und Pensionär_innen, sowie die relativ niedrige und überdies sinkende Engagementbereitschaft.

Die These des Disengagements wurde von den Teilnehmenden teils bestätigt, teils in Frage gestellt. Vier Aspekte wurden näher diskutiert.



- Es gebe einen relativ stabilen Kern schon sehr langjährig Engagierter. Bei denen, die zum Engagement bereit in die Beratung kommen, tauche in letzter Zeit vermehrt die Frage nach der Übernahme des damit verbundenen finanziellen Aufwands auf, konkret insbesondere der Erstattung der Aufwendungen für Fahrtkosten aber weniger allgemeiner Aufwandsentschädigungen. Dabei habe die Frage nach dem Fahrgeld nicht nur den rein monetären Aspekt, es gehe auch um den Abbau von Barrieren (zum Beispiel der Vereinfachung der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel bei langen Fahrten durch die Stadt durch kostenlose Tageskarten); das Eingehen auf die konkreten Bedarfe durch entsprechende Unterstützungen sei auch eine Form der Anerkennung.
- Hohe aktive & passive Informationsdefizite, auch Zugangsbarrieren wurden am Beispiel des geringen Engagements in den Bereichen Partizipation und Teilhabe bei den bezirklichen Seniorenvertretungen und den anstehenden Neuwahlen hierzu angesprochen.
- Die Frage, warum bessergestellte, lebens- und berufserfahrene Menschen, gerade auch Männer, sich im Alter weniger engagieren, wurde in Hinsicht auf die unterschiedlichen Lebenswelten beruflichen und nachberuflichen Engagements eingehender erörtert. Die Brüche zwischen beiden führen trotz grundsätzlicher Bereitschaft zu großen Rollen-, Erfahrungs- und Orientierungsunsicherheiten. Es fehle so etwas wie eine Lotsenfunktion auf dem Weg zum und durch das Engagement, ge-



Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

- rade auch für Männer; praktische Beispiele aus der Beratungsarbeit in den Bezirken unterstrichen diese auch (geschlechts-)relevante Problematik. Freiwilliges Engagement habe etwas mit einer Mutprobe zu tun, die man nicht wage, wenn keine Möglichkeiten gefunden werden, mit Unsicherheiten und neuen Erfahrungen (neugierig und offen) umzugehen.
- Ein zusätzlicher Punkt: Engagement im Alter scheine sich eher nicht in organisatorischen Bindungen wie Vereinen und zeitaufwändigen Strukturen einbringen zu wollen (und zu können), sondern suche nach offeneren, aber durchaus verbindlichen und auch längerfristigen Formen, die alterstypischen Anforderungen (z.B. Familie) und Einschränkungen (z.B. Gesundheit) gerecht werden: "Man geht im Alter doch nicht mehr in einen Verein!" Aber besondere Orte mit niedragschweligen Zugang werden in der Nachbarschaft im Kiez gerne angenommen und sind auch notwendig.



Zusammengefasst: Engagement im Alter scheint also in hohem Maße unterstützungs-, begleitungs- und orientierungsbedürftig (Lotsendienste, Mentoring) zu sein, etwa durch als freiwilliges Engagement nicht nur vermittelnde sondern auch entwickelnde Mittler wie die Freiwilligenagenturen; hier könnte eine Chance zur Trendumkehr liegen.



Thematisch: Jüngere Menschen & Engagement

Themenanwalt: Daniel Büchel Unionhilfswerk

Reporter: André Vollrath, Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Wie kann bereits heute das bürgerschaftliche Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen (Schüler, Studenten, Azubis etc.) noch besser angeregt und nachhaltig für die Ansprache dieser Generation auch institutionell verankert werden?

Einige Ergebnisse & Aussagen des Surveys zum Thema.*

(1) **Zuletzt deutlich gewachsenes Engagement der bis 30-Jährigen.** Das freiwillige Engagement der bis 30-Jährigen hatte zunächst zwischen 1999 und 2004 "auf auffällig niedrigem Niveau" mit 22 % stagniert; stieg dann aber bis 2009 auf für Berlin knapp überdurchschnittliche 29 %, zusammen mit den nur Aktiven auf 70 %. Das ist der gleichen Gesamtwert wie bei der folgenden Altersgruppe der 31- bis 45-Jährigen, die beim freiwilligen Engagement ebenfalls zulegen von 1999 = 25 auf 2009 = 36 %. Seit 2004 scheint es bei den 14- bis 30-Jährigen vermehrt gelungen zu sein, „nur“ öffentlich Aktive für freiwillige Tätigkeiten zu gewinnen.

(2) **Seit 2004 stabilisiert das Engagement jüngerer Menschen die Engagementlandschaft in der Stadt.** Von 2004 bis 2009 kam die Engagementquote in Berlin trotzdem nicht voran, und allein diese beiden Altersgruppen verhinderten mit ihrem Wachstum einen massiven Einbruch gegenüber 2004. In Berlin hat seit 2004 eine deutliche Umschichtung des freiwilligen Engagements von den Jahrgängen der ab 46-Jährigen zu den unter 46-Jährigen stattgefunden, wobei die öffentliche Aktivität und das freiwillige Engagement seitdem auf relativ niedrigem Niveau, vergleichbar anderen Stadtstaaten, stagniert.

(3) **Beim Engagement junger Menschen im Bildungssystem ist Berlin sehr gut.** Berlin hält beim Anteil junger Menschen in den Zweigen

*: Vorlage zum Symposium:
Thematisch: Jüngere Menschen & Engagement.
pdf-download:
www.engagementwerkstatt.de/wordpress2/?p=7193





Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

des Bildungs- und Ausbildungssystems mit 15,3% den Spitzenwert unter den Bundesländern. In der Stadt hatte die Gruppe 2009 mit 30% die zweithöchste Engagementquote nach den Erwerbstätigen. Noch auffälliger ist der "enorme" Anteil der „nur“ Aktiven mit 44% oder andererseits 2009 nur 26 % nicht Aktiven.

(4) **Hohes externes wie internes Potenzial für freiwilliges Engagement.** Die bisher nur Aktiven bilden ein erhebliches externes Potenzial für freiwilliges Engagement. Hinzu kommt, dass bei den bisher neu zum Engagement dazu gekommenen jungen Menschen es sich oft um solche handelte, die mit ihrem Einsatz ihre Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft sehen. Das interne Potenzial bei den 14- bis 30-Jährigen ist inzwischen besonders groß und die Erweiterungswilligen überwiegen bei Weitem die nicht mehr dazu Fähigen in der Frage einer möglichen Ausdehnung des Engagements. Und es fällt weiter auf, dass 2009 nur 14 bzw. 15 % der Männer bzw. Frauen in der Altersgruppe der bis 30-Jährigen überhaupt nicht zum Engagement bereit waren.

(5) **Übergänge vom öffentlich Aktiven zum freiwilligen Engagement gestalten:** *"Auffällig ist die inzwischen sehr hohe Beteiligung junger Menschen, die sich in den verschiedenen Phasen der (verlängerten) Ausbildung befinden [...]. Mit inzwischen 74% öffentlich Aktiven hat diese Gruppe den größten Zuwachs der Beteiligungsquote in der Zivilgesellschaft aufzuweisen. In dieser Gruppe junger Leute vereinen sich verschiedene Faktoren, die zur hohen öffentlichen Beteiligung beitragen. Öffentlichkeit spielt im Lebensstil junger Menschen ganz allgemein eine große Rolle. Sie sind unter allen Altersgruppen diejenige mit dem „modernsten“ Lebensstil, der besonders auf öffentlichen Austausch mit anderen ausgerichtet ist. Außerdem bewegen sich Jugendliche in der (verlängerten) Bildungs- und Ausbildungsphase wegen ihrer Ausbildung ständig in öffentlichen Einrichtungen, in denen viele Möglichkeiten und Anregungen zu öffentlichen Aktivitäten vorhanden sind. Dazu schätzen sie die Möglichkeiten des Kompetenzerwerbs in der Öffentlichkeit, die auch für ihre berufliche Entwicklung von Nutzen sein können."**



*: Berliner Freiwilligensurvey, S. 40



Über die Diskussion am Thementisch berichtet:

Schule

- Integration von Servicelearning in den Schulalltag aller Schulformen, Klassenstufen und auch in den Alltag von Hochschulen.
- Zwei qualifizierte Freiwilligenkoordinatoren für jede Schule.
- Öffnung von Schulen für den Sozialraum und Integration von außerschulischen Lernorten.
- Mehr Raum für selbstorganisiertes Engagement und Eigeninitiative (Beispiel Patenschaften von Studierenden für Hauptschüler).

Jugend- und Engagementpolitik

- Bessere Umsetzung politischer Strategien der Bundesebene, die Engagement von jungen Menschen unterstützen, auf die Landesebene (Negativbeispiele: Lissabonstrategie, Nationaler Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland).
- Jugendpolitik nicht einseitig beim Familienministerium ansiedeln, sondern auch beim Bundesbildungsministerium.
- Räume, Netzwerke für Wissenstransfer über politische Initiativen und Forderungen schaffen.
- Mehr Nachhaltigkeit in der Projektförderung.
- Kein Missbrauch von Kompetenznachweisen für die Finanzierung von Vereinen, Organisationen.



Jugendfreiwilligendienste

- Höhere Anerkennung von Jugendfreiwilligendienstleistenden in der Ausbildung, Anrechnung von Kompetenznachweisen bei Bewerbungen um Studienplätze etc..

Grundsätzliches

- Mehr Sprachsensibilität beim Reden über Menschengruppen, ressourcenorientierte Sprache, die Potentiale in der Vordergrund stellt.



Thematisch: Engagementmittler & Engagementpotenziale

Themenanwältin: Andrea Brandt, FreiwilligenAgentur
KreuzbergFriedrichshain

Reporterin: Carola Schaaf-Derichs, Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Wie kann die Funktion der Freiwilligenagenturen und anderer Anlaufstellen für die Information und Beratung von Engagementinteressierten auch für noch nicht erreichte Zielgruppen gestärkt bzw. ausgebaut werden?

Einige Ergebnisse & Aussagen des Surveys zum Thema.

(1) Der Aufschwung bis 2004 ging bis 2009 in Stagnation über. Die Auswertung des Freiwilligen surveys für Berlin weist nicht nur auf unerreichte Zielgruppen hin sondern beobachtet auch bemerkenswerte Verwerfungen und Brüche in der Entwicklung; insbesondere fällt bei allen notwendigen Differenzierungen im Einzelnen ins Auge, dass der "Aufschwung" bis 2004 von einer Periode der Stagnation seitdem abgelöst worden ist.

(2) Seit 2004 relatives Disengagement der ab 46-Jährigen im Unterschied zu den bis 45-Jährigen, die das Engagement tragen. In Berlin hat sich überdies seit 2004 die "innere" Dynamik freiwilligen Engagements bei den ab 46-Jährigen und den unter 46-Jährigen stark verändert. Der Anstieg des freiwilligen Engagements von 1999 bis 2004 (24 auf 29 %) wurde noch von allen Altersgruppen 31+ getragen, insbesondere 60+ (16 auf 27 %). Die relative Stabilisierung bis 2009 auf im Vergleich immer noch "niedrigem" Niveau (von 29 auf 28 %) sicherten nur die beiden Altersgruppen 14-30 (gewachsen seit 2004 um 7 % auf 2009 29 %) und 31-45 (seit 1999 um 11 % auf 2009 36 %). Das freiwillige Engagement der 46-59-Jährigen sank dagegen seit 2004 von 35 auf 27 % und der Alten 60+ von 27 auf 22 %.

(3) Je mehr Menschen im Haushalt zusammenleben, umso mehr Engagement. Personen, die alleine leben, sind auch in Berlin, der Stadt der "Singles", besonders wenig freiwillig engagiert, relativ unverändert seit 1999. Dagegen hat sich das freiwillige Engagement von Menschen, die in 2-Personen-Haushalten leben, bis 2009 sehr

*: Vorlage zum Symposium:
Thematisch: Engagementmittler & Engagementpotenziale.
pdf-download:
www.engagementwerkstatt.de/wordpress2/?p=7193





Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

deutlich auf fast durchschnittliche 27 % erhöht: "2009 besteht in Berlin eine linear positive Abhängigkeit des Engagements von der Haushaltsgröße, die es 1999 noch nicht gab". Mehr Menschen im Haushalt = mehr Engagement.

(4) **Früher nicht Aktive gingen nur teilweise in freiwilliges Engagement.** Deutlich abgenommen hatte in Berlin bis 2004 der Anteil der überhaupt nicht öffentlich Aktiven von 1999 = 45 % auf 36 %; bis 2009 sank er aber nur noch um einen Prozentpunkt. Nur ein Teil dieser Menschen allerdings konnte für ein freiwilliges Engagement gewonnen werden. Zusammengefasst: Von 1999 bis 2004 wachsende öffentliche Aktivitäten, aber nur teilweise in der verbindlicheren Form freiwilligen Engagements; seit 2004 auch hier eher Stagnation mit einem leichten Trend weg von freiwilligen Engagement.



(4) **Trotz recht hohem Engagement Erwerbsloser Exklusionstrend.** Unter Erwerbslosen gibt es zwar stabil relativ viele Engagierte, aber seit 2004 weniger öffentlich aktive Menschen (steigender Anteil der nicht Aktiven von 37 auf 45 %): "Dieser Trend war in Berlin seit 2004 besonders deutlich und ist (wie auch in den neuen Ländern) ein Indikator der zunehmenden sozialen Exklusion eines Teils dieser Gruppe."

(5) **Gut Versorgte in Berlin relativ gering engagiert.** Einer Engagementquote von bis zu 46% der gut Versorgten in den alten Ländern standen 2009 gerade einmal 26% in Berlin gegenüber. Der Befund ist singulär, weil auch in den neuen Ländern immerhin 32% der gut Versorgten freiwillig engagiert sind.

(6) **Menschen mit geringerer Bildung im Engagement marginalisiert.** Es besteht eine große Lücke im Engagement bei Berlinern mit mittlerem Bildungsniveau (nur 22% freiwillig engagiert, eine noch größere bei denjenigen mit einfacher Bildung (nur 16%; hier auch hoher Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund): "Es lässt sich kaum eine öffentlich marginalisiertere Gruppe denken als einfach gebildete Menschen in den Großstädten."



Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

(7) **Kommunale Entwicklungsagenturen entwickeln:** "Informations- und Kontaktstellen haben in Großstädten und Metropolen eine wichtige Bedeutung für die Förderung des freiwilligen Engagements. Sie sind besonders wirksam, wenn sie ihr Aufgabenspektrum über die Vermittlung von Freiwilligen hinaus erweitern und sich zu kommunalen Entwicklungsagenturen wandeln. Alle, die etwas zur kommunalen Zivilgesellschaft beitragen können, miteinander ins Gespräch zu bringen und zu vernetzen ist die wichtigste Aufgabe."*

*: Berliner Freiwilligensurvey, S. 26

Die Ergebnisse des Thementischs:

→ Stärkung von Freiwilligenagenturen und and. Anlaufstellen für Engagement
 ⇒ Gewinnen bisher nicht erreichter Zielgruppen

FA als attraktive Orte
 Nutzen & Spaß von / an FE transportieren

prominent
 Bekanntheit steigern
 FA'en kontinuierlich
 "Rein-Schnuppern" → für Menschen die auf der Suche sind.

FA wissen
 offene, sichtbar sein
 Gute Erfahrungen sollen sich herum sprechen
 Spektrum der Formate (Reinschaum bis Freiwilligenbüro/Office)

Hauptanliegen als kontinuierlich muss fest eingebettet
 → Geduld hat Hauptsache
 Statute Reformierung
 Weiterentwicklung der FA'en zu kommunal. Entwicklungs-Agenturen
 → z. B.: Partizipat. Vorfahrten / Stadtentwicklung
 → Gemeinwesen - Entz

Wiederherstellung des Angebotsspektrums
 andere Wägen → Züge
 in freier Trägerschaft → um mehr Gestaltungsräume zu schaffen → dafür braucht es finanzielle Mittel

Verknüpfung mit Gemeinwesenarbeit wichtig
 FA'en hin zur Beteiligungs-Agentschaft
 Woher kann ich mich noch anbringen?
 → Welche Kriterien sind für die FA'en wichtig?
 FA'en als Orientierungspunkte für BE
 → Transparenz
 Eig. Sozialraum erschaffen (wer engagiert, wo nicht?)

FA'en stärker als Berater von Orga's
 FA'en als Entwerfer von lokalen Aktivitäten IBE vor Ort

erreichter Zielgruppen
 "Rein-Schnuppern" → für Menschen die auf der Suche sind.

Kommunale Kultur
 Spektrum der Formate (Reinschaum bis Freiwilligenbüro/Office)

Weiterentwicklung der FA'en zu kommunal. Entwicklungs-Agenturen
 → z. B.: Partizipat. Vorfahrten / Stadtentwicklung
 → Gemeinwesen - Entz



Staat und Gesellschaft neu denken - Engagementförderung heute

Dr. Serge Embacher

Ich habe jetzt die Aufgabe, eine überwölbende Betrachtung zu machen. Das ist einerseits sehr dankbar, weil man da nicht konkret werden muss, und andererseits sehr schwierig, vor allen Dingen, wenn man es mit lauter Expertinnen und Experten zu tun hat. Ich werde aber nachher trotzdem versuchen, ganz konkret auf der Berliner Ebene ein paar Vorschläge zu platzieren, die, glaube ich, angesichts der Diskussionslage, die wir auch heute erlebt haben, angemessen sind.

Überwölbend ist schon die Überschrift meines Vortrages: Staat und Gesellschaft neu denken, Engagementförderung heute. Wenn man unter Glaubens- und Gebetsschwestern und -brüdern ist, so wie wir hier heute, dann vergisst man ja gerne mal, dass der Erkenntnis- und Diskussionsstand über das Engagement und vor allen Dingen über die Bedeutung des Engagements in der Gesellschaft nicht gleich verbreitet ist. Wir gehen jetzt hier davon aus - als Expertinnen und -, dass die Bedeutung der Bürgergesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements für die Gesellschaft sonnenklar sind.

Das sind sie ja auch eigentlich, aber man muss es übersetzen, erklären und erläutern. Und man muss herauskommen aus der manchmal immer noch gegebenen Perspektive des Orchideenfachs, wo man sagt: „Dafür hätten wir auch gerne eine nette Förderung, weil es ganz toll ist, dass es das gibt!“ Diese Nice-to-have-Perspektive, die muss man verlassen, schon allein, um einen Argumentationsrahmen zu haben, um überhaupt eine Förderung mit harten Argumenten erstreiten und argumentativ sich erarbeiten zu können. Und das hat was mit dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft und allge-

**:: Schriftform des Vortrags
auf der Grundlage einer
Mitschrift von André Voll-
rath.**

pdf-download der begleitenden Präsentation auf www.engagementwerkstatt.de/wordpress2/?p=7193





Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

meineren Fragen zu tun. Ich werde deswegen ganz kurz aufreißen, warum ich glaube, dass man in dieser Hinsicht nur weiterkommt, wenn man Engagementpolitik konsequent als Demokratiep politik bezeichnet und auch so versteht.

Dann, zweitens, werde ich etwas über meine Erfahrungen auf der Bundesebene berichten. Ich habe hier für das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement im Auftrag des Bundesfamilienministeriums das Projekt „Nationales Forum für Engagement und Partizipation“ geleitet, was der eine oder die andere von ihnen vielleicht kennt, und ich werde ganz kurz erzählen, wo da der Anspruch war und auch inwiefern es gescheitert ist - das muss man ganz offen sagen, aber man kann ja produktiv scheitern, indem man dazulernt.

Und drittens werde ich ein paar Aufgaben für die Politik und Verwaltung in Berlin formulieren, die sich in erster Linie aus dem beziehen, was jetzt hier in den letzten Stunden diskutiert wurde.

Engagementpolitik als Demokratiep politik

Ich komme zu meinem ersten Punkt: Engagementpolitik als Demokratiep politik. Hier geht es mir um den Rahmen, ich werde das alles nur ganz cursorisch und kurz streifen können, den ich für sehr wichtig halte. Man muss sich dazu die Dimensionen Bürgerschaftlichen Engagements vor Augen führen: Es hat eine individuelle, eine sozial-integrative und vor allen Dingen eine demokratiep politische Dimension. Sie alle spielen bei der konkreten Frage, wie man Engagementgruppen gewinnen, Infrastruktur verbessern und wie man Themen weiter bewegen kann, eine Rolle. Und diese Begriffe, die jetzt etwas soziologisch anmuten und sehr weit gehen, sie zeigen aber schon an, dass es beim Bürgerschaftlichen Engagement nicht um etwas geht, was *auch* da ist, was man vielleicht gut finden mag, sondern um etwas ganz Zentrales.

Individuell geht es um Anerkennung, Selbstachtung und, wie man so schön sagt, um die Erfahrung von Selbstwirksamkeit. Das ist in einer Gesellschaft, die von doch massiven Krisentendenzen bedroht ist - ich brauche sie nur als Stichworte zu nennen: Demokratief rüst, Politikverdrossenheit, soziale Desintegration -, extrem wichtig: dass

Vgl. Olk, Thomas; Klein, Ansgar; Hartnuß, Birger (Hrsg.), 2010: *Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften (Bürgergesellschaft und Demokratie, 32).





Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

man den Einzelnen nicht vergisst, ihn mitnimmt und im Kopf behält, dass die Erfahrung von Selbstwirksamkeit zentral ist. Das hat was mit dem Selbstverständnis von Menschen zu tun, die sich als selbstbewusste Mitglieder eines demokratischen Gemeinwesens betrachten wollen und sollen. Und im Bürgerschaftlichen Engagement - sowohl im Bürgerschaftlichen Engagement für Menschen, als auch bei denen, die es selber machen - spielt diese individuelle Dimension eine ganz große Rolle. Und da ist es auch zweitrangig, ob ich mich jetzt frage: „Ist das jetzt altruistisch oder eher egoistisch?“, das sind, glaube ich, nachgeordnete Kategorien. Ganz wichtig ist das, was dabei mit Menschen passiert.

Die sozialintegrative Dimension ist sowieso klar: Engagement sorgt an unzähligen Baustellen jeden Tag für gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer Gesellschaft, die massiv vom Auseinanderdriften der Lebenswelten und von Spaltungstendenzen bedroht ist.

Und beides zusammengenommen folgt daraus eine demokratiepolitische Dimension: Wir haben uns daran gewöhnt, dass es hohe demokratische Standards gibt, dass es eine freiheitliche demokratische Grundordnung gibt und dass es auch ein allgemein weit verbreitetes demokratisches Bewusstsein gibt. Aber auch dieses Bewusstsein erodiert an den Rändern der Gesellschaft und zwar nicht nur bei den so genannten Prekariern und den Unterschichten, sondern auch ganz oben, da, wo man eben alle Möglichkeiten hat, sich in der Welt zu bewegen; wo man es immer weniger für lohnenswert oder auch notwendig hält, sich als Teil einer Gesellschaft, einer Gemeinschaft, einer demokratischen Wertegemeinschaft zu begreifen. Da sind Stichworte wie „Steuerflucht“ und „Internationalisierung von Kapitalverwertung“ Markierungspunkte.



Wenn man das jetzt weiterdenkt - es gibt natürlich noch viel mehr Dimensionen, aber das sind für mich die grundlegenden normativen Dimensionen -, dann kommt man dahin, sehr grob zusammengefasst,



Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

dass im Sinne von Böckenförde Bürgerschaftliches Engagement die moralische Substanz für den Erhalt der freiheitlichen Ordnung markiert: Der frühere Bundesverfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde hat gesagt, die freiheitliche Ordnung lebe von Grundlagen, die sie selber nicht schaffen kann. Und das heißt, dass Grundgesetz und die vom Grundgesetz sanktionierten und in Kraft gesetzten Gremien und die formale Demokratie und alle demokratischen Verfahren nichts wert wären, wenn es nicht gäbe, was Böckenförde „die moralische Substanz von Bürgerinnen und Bürgern“ genannt hat: Von Menschen, die sich jeden Tag vor dem Hintergrund eines bestimmten Wertehorizontes dafür einsetzen, diese freiheitliche Ordnung zum Leben zu bringen. Das wäre die politische Dimension, und indem Engagement zentral für die gesellschaftliche Integration ist, ist auch die gesellschaftliche Dimension gegeben.

Wir haben also die großen Subsysteme, administrative und politische Macht auf der einen Seite, dazu die marktförmige Organisation des Wirtschaftsgeschehens mit Angebot und Nachfrage, Wettbewerb, Dauerkonkurrenz und den ganzen neoliberalen Maximen, die daraus folgen, auf der anderen Seite. Es sind mächtige Subsysteme, die im wesentlichen moralfrei operieren - es zumindest versuchen - und sich frei nach Luhmann auf sich selber beziehen: Sie sind selbstreferentiell und haben sich auch weitestgehend verselbständigt. Bei dem Versuch, den Euro zu retten und dabei die Banken einzubeziehen, kann man sehen, was es bedeutet, wenn sich ein System verselbständigt hat: Obwohl die moralische Lage, obwohl die Krise klar ist, obwohl auch die Akteure klar sind - im Grunde ist nichts zu machen.

Das hat etwas mit systemischen Verselbständigungsmechanismen zu tun. Die sind auch menschengemacht, sie sind moralisierbar, aber sie sind es nicht unmittelbar, das ist das Problem. Auch der Bankmanager, selbst wenn er kritisch über seinen eigenen Job nachdenkt, kommt nicht raus aus dem System. Und so geht es auch der Administration und der politischen Macht, die sich alle nach ganz eigenen internen Gesetzmäßigkeiten bewegen. Politik und Administration verfügen über Macht und haben Verfügungsgewalt, die Wirtschaft bewegt sich auf den Ebenen des Marktes, des Geldes, des Gewinns, und als drittes ist da die Bürgergesellschaft, die über all das nicht verfügt: Sie hat als schwache aber letztlich auch überzeugende Res-





Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

source - insofern sie moralisch-ethisch relevant ist - einzig die Kommunikation. Die Bürgergesellschaft steht sozusagen für die Sphäre der Kommunikation, sie erschließt und verhandelt neue Verhältnisse: Wie wollen wir miteinander leben?

In jedem einzelnen Projekt der Bürgergesellschaft, in jedem Engagement thematisiert sich also - wie immer auch implizit, denn das ist unabhängig davon, ob die Akteure das explizit machen - die Frage: In welcher Gesellschaft wollen wir leben und was verstehen wir überhaupt unter gesellschaftlichem Zusammenhalt? Ich glaube, dass nur diese Sphäre der Bürgergesellschaft letztlich gesellschaftliche Integration sichern kann, dadurch, dass wir uns in ihr auf Grundzüge des gesellschaftlichen Zusammenlebens verständigen können.

Daraus folgt, dass in meinen Augen, nach meiner festen Überzeugung, Bürgerschaftliches Engagement eine Grundlage für ein neues Verhältnis zwischen Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft bildet. Hier haben wir es wieder, dieses bekannte Dreieck - und das neomodische Wort dafür ist „Governance“. Ich will jetzt keine Vorlesung zu



Governance halten. Aber wenn man akzeptiert, wenn man nach Betrachtung der Lage vielleicht gemeinsam zu dem Schluss kommt, dass die althergebrachte Verantwortungs- und Aufgabenteilung zwischen Staat, Wirtschaft

und Gesellschaft so nicht mehr funktioniert, wie wir sie über Jahrzehnte - zumindest in der alten Bundesrepublik - hatten, dann muss man auch hier überlegen: Wie kommt man zu neuen Verhältnissen, wie handelt man sie aus? Und das heißt dann für die Bürgergesellschaft: Wie kann sie sich in ein *selbstbewusstes* Verhältnis zu Staat und Wirtschaft setzen? Das ist, glaube ich, die ganz zentrale Frage und eine Funktion, die aus dem Engagement erwächst. Das

"Das bedeutet für die politischen Akteure, dass sie sich im komplizierten und langwierigen Prozess der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung viel stärker als bislang auf Beteiligungs- und Diskursorientierung einstellen müssen. Die These hierzu lautet: *Nur eine (berat-schlagende) Demokratie wird auf Dauer funktions- und überlebensfähig sein. [...] Alle Formen des „Durchregierens“ oder des Regierens als „Sozialtechnologie“ mit PR-Begleitung werden künftig immer weniger geeignet sein, gute Entscheidungen (im Sinne von „good governance“) zu treffen*, und provozieren Abkehr vom politischen Prozess und Lähmung der demokratischen Emphase, ohne welche die Demokratie nicht zu überleben vermag."

Embacher, Serge, 2011: *Einstellungen zur Demokratie*. In: FES: Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung. 16-17

Download: www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Einstellungen_zur_Demokratie.pdf - pdf, 208 KB



Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

kann kein Politiker machen, selbst wenn er will, das kann kein Wirtschaftsmagnat machen, selbst wenn er will, das kann kein Verwaltungsmensch machen, selbst wenn er will, das ist etwas, was genuin dieser kommunikativen Sphäre des Engagements eigen ist.

Zusammengefaßt folgt daraus, wenn wir jetzt nach verbesserten Rahmenbedingungen für Bürgerschaftliches Engagement fragen: Engagementpolitik

- ist mehr als Projektförderung - darauf wird es sehr oft reduziert, da geht es eben um Geld und einzelne Projekte usw.,
- ist mehr als eine freiwillige Leistung - also die berühmten freiwilligen Leistungen der Kommunen, die dann bei Sparbeschlüssen am ehesten zur Disposition stehen,
- ist vielleicht de jure eine freiwillige Leistung, aber es darf in unseren Köpfen keine freiwillige Leistung sein und
- es gibt sehr viele Verwaltungsmitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch politische Akteure, die das mittlerweile auch so sehen,
- es ist was sehr wichtiges, das nicht freiwillig oder zusätzlich ist, sondern ganz zentral für die gesellschaftliche Integration von Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft ist.

Und wenn es so ist, dann muss Engagementpolitik langsam entwickelt werden: Wir sehen bei der Schwierigkeit von Bürgerbeteiligungsverfahren - wie das diskutiert wird, wie im öffentlichen Raum gestritten wird und welche Ängste und wechselseitigen Vorbehalte und Bedenken es gibt -, dass wir erst ganz am Anfang davon sind, so etwas wie eine wirklich freiheitliche Kultur des Miteinander zu entwickeln. Bei uns ist Politik, so wie wir das kennen, jeden Abend in den Talkshows sehen, im Grunde, polemisch gesagt, die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln: Ein antagonistisches Geschäft, wo es darum geht, den anderen öffentlich bloßzustellen, zu vernichten, klein zu machen - und wo es überhaupt nicht um Kompromissfindung, Konsensperspektiven usw., um das geht, was wir suchen.

Der Weg zu einer neuen politischen Kultur, in der Engagement zentral ist, das ist ein gemeinsamer Lernprozess, der nur ganz langsam geht und in dem wir erst ganz am Anfang stehen. Und dann muss,





Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

glaube ich - und das geht aus dem, was ich gesagt habe, hervor -, Engagementpolitik in erster Linie, um mit Roland Roth zu sprechen, einer Vitalisierung der Demokratie dienen. Enggeführt auf den Kern heißt das: Es geht immer um das demokratische Gemeinwesen, wenn wir über Engagementpolitik und Engagementförderung sprechen.

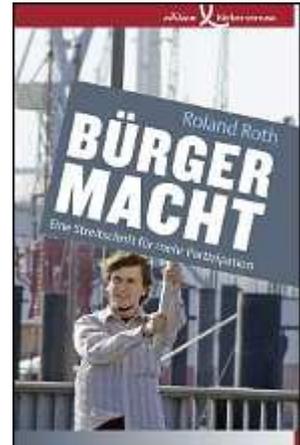
Und daraus folgt dann eigentlich der letzte Punkt: Ich glaube, dass bei allen Fortschritten, die es in den letzten zehn Jahren gegeben hat, dass Engagementpolitik - auch als politisches Handlungsfeld von Akteuren in Parlament und Regierung - nach wie vor einer erheblichen Aufwertung bedarf. Das ist noch viel zu wenig, was geschieht, es gibt kaum Spitzenakteure, die sagen: „So, das mache ich jetzt zur Chefsache!“ Wobei immer dann, wenn es geschieht, dann läuft es ja auch, wie man z.B. in Treptow-Köpenick sieht. Wenn da eine Stadträtin hingehet und sagt: „So machen wir das jetzt, das ist jetzt unser Ding!“ - dann passiert auch was und das ist immer so. Es ist immer so in der Politik, dass einer den Hut aufsetzen muss, und der muss auch sozusagen ein "Großkopferter" sein. Diese Aufwertung von Engagementpolitik, die gibt es zwar, nur noch viel zu wenig.

Erfahrungen auf Bundesebene

Und jetzt ganz kurz noch zu den Erfahrungen auf Bundesebene in den letzten zehn Jahren - das kennen sie natürlich, ich will nur die Stichworte nennen und vielleicht ist die zweite Seite, wo die Dinge gescheitert sind, interessanter für sie.

Also es gab die *Enquete-Kommission „Zukunft der Bürgergesellschaft“ im Deutschen Bundestag*, eine der erfolgreicheren Enquete-Kommissionen der Geschichte, wo der Abschlussbericht nicht einfach abgeheftet wurde, sondern wo man im Grunde bis heute an der Abarbeitung der über 200 Handlungsempfehlungen arbeitet.

Zwei Punkte waren ganz konkret: Man hat einen *Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement im Deutschen Bundestag* eingerichtet, einen Unterausschuss zum Familienausschuss, der seitdem auch kontinuierlich arbeitet und bisher auch jede Neuwahl zum Deut-



Zuletzt: Roth, Roland, 2011: *Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation*. Hamburg, edition Körber-Stiftung

Deutscher Bundestag, 2002: *Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“*. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Drucksache 14/8900

Download: www.dipbt.bundestag.de/dip21/btd/14/089/1408900.pdf - pdf, 3,1 MB

Deutscher Bundestag: *Unterausschuss "Bürgerschaftliches Engagement"*. WWW: www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/buerger_eng/index.jsp



Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

schen Bundestag überlebt hat.

Und man hat das *Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement* als engagementpolitische Vernetzung auf Bundesebene gegründet - auch eine Folge der Enquete-Kommission.

Bundesnetzwerk Bürger-
schaftliches Engagement
BBE
WWW: www.b-b-e.de

Und dann gab es schließlich in den letzten Jahren das *Nationale Forum für Engagement und Partizipation*, wo gesagt wurde - zu Zeiten der Großen Koalition verdichtete sich die Debatte: „Jetzt diskutieren wir so lange über Engagementpolitik und es gibt so viele Ansätze, eigentlich müsste man jetzt mal das ganze Ding vom Kopf auf die Füße stellen und das mal systematisieren.“ Und der Bund hatte sich vorgenommen - das stand so in der Koalitionsvereinbarung von Schwarz-Rot, aber jetzt auch von Schwarz-Gelb - eine *Nationale Engagementstrategie* des Bundes, der Bundesregierung, zu erarbeiten. Und dazu sollte das BBE, wo dieses Nationale Forum für Engagement und Partizipation angesiedelt war, mit Expertinnen und Experten aus den einschlägigen Diskursen Handlungsempfehlungen erarbeiten. Das haben wir auch gemacht und es war ein sehr aufregender, interessanter, faszinierender und spannender Prozess, wo also eine sehr konzise Agenda für die Engagementpolitik auf Bundesebene, aber vor allen Dingen auch, was die Kooperation zwischen Bund und Ländern und Bund, Ländern und Kommunen angeht, heraus gekommen ist.



Dieser Prozess ist im Grunde dann am Ende trotzdem gescheitert. Und das nenne ich jetzt mal eine harte Landung, die es nach den verheißungsvollen Aufbrüchen schließlich gab. Es wäre zu optimistisch zu sagen „Zwischenlandung“: Wir machen den Vogel wieder flott. Denn es gibt ganz problematische Sachen, an denen man sieht, dass Engagementpolitik eben doch noch nicht in den Köpfen angekommen ist. Ein simpler Ministerwechsel im Ministerium genügt, um ein ganzes Metaprojekt zum Scheitern zu bringen.

Nationales Forum für Enga-
gement und Partizipation
WWW: [www.b-b-
e.de/index.php?id=forum&L=
%2Findex.php%3F](http://www.b-b-e.de/index.php?id=forum&L=%2Findex.php%3F)

Ich bin dafür bekannt und habe viele Feinde, weil ich immer Ross und Reiter nenne: Also in dem Moment, wo der Wechsel von Frau von der Leyen zu Frau Schröder kam, hat diese Personalie das ganze Ding zum Erliegen gebracht, weil die neuen Akteure dachten: „Ach



Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

das ist ja nicht so wichtig und was macht überhaupt das BBE, was machen die da überhaupt, das ist uns auch viel zu freiheitlich, Demokratiepoltik, das hat doch mit Engagement nichts zu tun“ usw. . Das haben wir erst im Laufe der Zeit so erkannt und vor allen Dingen - das war noch schlimmer -: Frau von der Leyen hat ihren Staatssekretär ins neue Ministerium mitgenommen. Und dann kam ein neuer, dessen Namen ich jetzt nicht nenne, den kennt sowieso jeder. Also alles, was vorher mühsam erarbeitet und auch unter den Akteuren konsentiert wurde - und zwar parteiübergreifend, das hat mit CDU, SPD gar nichts zu tun - alles das wurde da wieder zerstört: Die Koordinierungsstelle für das Nationale Forum war ganz oben beim Staatssekretär angesiedelt, da konnte man, wenn was schief lief, im Staatssekretärsbüro anrufen. Nach dem Ministerwechsel wurde es ganz unten in ein Referat einsortiert. Wenn man jetzt was vom Staatssekretär wollte, musste man erst über die Referenten und Referatsleiter und Unterabteilungsleiter und Abteilungsleiter und dann zum Staatssekretär. Da ist man natürlich nie durchgedrungen mit irgendeinem Punkt. Solche Sachen zerstören Prozesse, die sind ganz simpel, das steht nicht in der Zeitung, war aber für alle Beteiligten, leider sehr schmerzhaft, täglich erfahrbar.

Und was leider auch immer klarer wurde - und das ist auch im Moment meine größte Sorge -, das ist die Indienstnahme des Engagements für staatliche Zwecke. Also wer sich die Mühe macht, die siebzigseitige *Engagementstrategie*, die das Bundeskabinett vor etwa einem Jahr beschlossen hat, durchzulesen, der wird sehen, dass da an ganz vielen Stellen sehr verräterische Formulierungen sind wie: „der Staat kann nicht mehr alles leisten“ und „wir wollen die Bürgergesellschaft aufwerten und wir müssen da zu neuen Kooperationen kommen“. Das hört sich auf den ersten Blick ganz gut an, aber wer jetzt schriftkundiger ist und zwischen den Zeilen liest, der weiß: Im Grunde besteht die stille Hoffnung, dass, wenn man die Bürgergesellschaft hinreichend stärkt, für billiges Geld, dass man dann staatliche Leistungen zurückfahren kann. Und das nenne ich eine harte Landung. Also wenn das das Ergebnis der jahrelangen Debatten um die Förderung der Bürgergesellschaft ist, dann kann es das nicht sein und da muss man auch Opposition wagen - und das meine ich jetzt nicht im parlamentarischen Sinne, sondern von der



Bundesregierung, 2010: *Nationale Engagementstrategie*. Berlin, 06.10.
Download: http://www.aktive-buergerschaft.de/fp_files/StudienBerichte/bg_bmfsfj_NationaleEngagementstrategie2010-10-06.pdf



Sache her.

Dem Grund nach ist damit auch dieses Governance-Format „Nationales Forum für Engagement und Partizipation“ gescheitert. Die Idee war: Wir organisieren sechzehn verschiedene Dialogforen und die sollen zusammen mit den Vertretern der Ministerialbürokratie auf Augenhöhe Handlungsempfehlungen erarbeiten und die Entstehung der Engagementstrategie, die dann vom Bundeskabinett verabschiedet wurde, direkt begleiten. Das war auch so festgeschrieben, auch in der Projektbeschreibung und auch in dem Förderantrag und in dem Bewilligungsbescheid. Alles schön und gut. Aber als es an die Entscheidungen ging und wir letztes Jahr die letzten sechs Dialogforen hatten, da bekamen wir dann drei Tage vor dem letzten Forum einen Anruf, der dauerte dreißig Sekunden und da wurde gesagt: „Wir nehmen von dem Format Abstand“. Ende der Durchsage. Und das hieß dann: Die Ministerien haben ihre Leute abgezogen oder verpassten ihnen sozusagen einen Maulkorb. Wir hatten da absurde Situationen, wo ein Beamter aus dem Finanzministerium gesagt hat: „Ja, also ich arbeite für das Bundesfinanzministerium, aber ich bin jetzt hier eigentlich nur so aus Interesse und ich sage auch nichts in ein Mikrofon!“ Da wurde dann die Angst virulent, irgendwas Verbindliches zu sagen. Aber Governance kann eigentlich nur bedeuten, dass der Staat und andere Akteure - also wirtschaftliche oder zivilgesellschaftliche -, dass die sich tatsächlich gleichberechtigt gegenüber treten. Aber wie das gehen soll, das wissen wir nicht, weil es eben da gescheitert ist.



Und der letzte Punkt zum Stichwort harte Landung: Engagementpolitik nach Kassenlage. Gut, da stöhnen jetzt alle drüber, Haushaltsnöte usw., aber es kann eigentlich nicht sein, dass die Schuldenkrise des Staates, die der Staat verursacht hat, andere ausbaden müssen, wenn die Schuldenkrise härter wird. Also da muss man sich eben dann was einfallen lassen, es gibt Gestaltungsmöglichkeiten. Der Bundesrechnungshof ermittelt jedes Jahr, dass siebzig Milliarden Euro an Bundesmitteln sinnlos verschwendet werden und dieses Argument „Kassenlage“ - „Ja, die Haushälter“ und „sie wissen ja und



da müssen wir jetzt leider noch zwanzig Prozent wegnehmen“ -, das ist im Grunde keine verlässliche Basis für Politik. Da ist man auch als Staatsbürger oder Staatsbürgerin gefragt, einfach mal in Frage zu stellen, dass immer gesagt wird: "Es ist kein Geld für nichts da!" Also ich selber bin, was die Kommunalpolitik angeht, auch politisch einigermaßen versiert, ich weiß, wie schwer das ist, ich weiß aber auch, dass es geht, wenn der politische Wille da ist.

Aufgaben für Politik und Verwaltung in Berlin

Und jetzt zu meinem letzter Teil: Aufgaben für Politik und Verwaltung in Berlin. Ich habe am Anfang gesagt - und das ist sozusagen der Hintergrund, auf dem ich jetzt diesen letzten Punkt beschreiben will -, ich begreife dieses Scheitern als ein *produktives Scheitern*. Ich glaube auch, dass es in Berlin und in einem Bundesland bessere Voraussetzungen gibt als bei so einem Monsterprojekt auf Bundesebene, einfach weil die Lage überschaubarer ist, man kennt die Akteure und es ist etwas leichter.

In Gensickes Report über Berlin, im Survey, gibt es ein schönes Kapitel „Anforderungen an großstädtische Engagementförderung“. Da habe ich noch mal so ein paar Punkte herausgegriffen, die Orientierungspunkte sein könnten. An einer Stelle - ich habe es wörtlich zitiert - schreibt er grundsätzlich: „Aufgabe der Politik ist die Förderung einer sozial produktiven Verhaltenskultur als kulturpolitische Aufgabe.“ Ich fand interessant, Engagementpolitik nicht als Sozialpolitik oder so zu begreifen, sondern als Kulturpolitik und zwar im weiteren Sinne. Es geht nicht um Stadttheater und Volkshochschulen, sondern hier steckt das drinn, was ich am Anfang sagte: Die Entwicklung einer neuen politischen Kultur. Und das gilt sowohl für die Zivilgesellschaft selber, als auch für die staatlichen Akteure - im Übrigen auch für die wirtschaftlichen Akteure, die habe ich jetzt nicht erwähnt. Aber es ist vor allen Dingen eine Frage der Herangehensweise und eben der Schaffung einer sozial produktiven Verhaltenskultur - das fand ich sehr schön -, also die Frage, wie menschliche Verhaltensweisen sozial produktiv gemacht werden können, das ist, glaube ich, ein guter Ansatz.





Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

Was bedeutet das jetzt konkret für Engagementförderung? Da geht es dann eben auch, frei nach Gensicke, um den Ausgleich von in der Großstadt oft fehlenden materiellen, sozialen und kulturellen Ressourcen durch eine systematische Förderung des Engagements. Und hier liegt die Betonung eigentlich auf „systematisch“, dass man also jetzt nach vielen Jahren der Projektförderung usw. - es wird auch weiter Projekte geben, aber die Frage ist: In welcher Matrix stecken die eigentlich und wie hängen die miteinander zusammen? -, zu einer stärkeren Systematisierung der Engagementförderung kommen muss. Ich gehe zum Schluss noch darauf ein, wie man das erreichen kann.

Es geht also um Vernetzung, Austausch, Solidarisierung. Wie kann man im Kopf, in unser aller Köpfe eine Art gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang herstellen, also etwa das, was man heute eigentlich nur noch gelegentlich in Leitartikeln findet, aber was keiner ernsthaft irgendwie noch als Argument aufgreift, weil man sagt: „Das ist zu groß! Gesamtgesellschaft, gibt es das überhaupt? Und dieser Anspruch..., nein, wir machen lieber hier unser kleines Ding.“ Ich glaube, man muss manchmal auch ganz groß denken und einen Bogen im Kopf haben. Wenn man das Ziel „gesellschaftlichen Zusammenhalt durch Engagementförderung“ weiter im Auge behalten will, dann braucht man diesen Bogen. Ja, und ganz konkret geht es eben darum, wie es hier auch jetzt schon diskutiert wurde, Engagementpotenziale zu heben, sowohl thematisch, als auch, wie ich es jetzt hier noch mal angerissen habe, auf Personengruppen bezogen: also Ältere, Kinder und Jugendliche, mittlere und gehobene Schichten, die eben bisher das nicht so tun, wie wir uns das wünschen. Das kann man endlos weiter durchdeklinieren, aber das wären so ein paar Ziele, die man im Blick haben müsste.

Und zum Schluss: Was kann man da machen, was bedeutet das konkret?

- Ich glaube, wir brauchen zunächst mal klare *Zuständigkeiten in Politik und Verwaltung*. Das kann man in Berlin auf den verschiedenen Ebenen durchdeklinieren. Auch hier will ich nur einige Stichworte geben:
- Auf der *Senatsebene* brauchen wir weiter eine wichtige Rolle





Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

der Senatskanzlei und die muss sogar ausgebaut werden. Also die Beauftragte, die es da jetzt gibt, ist sehr wichtig und die muss, glaube ich, weitere Kompetenzen und Befugnisse erhalten. Wir brauchen aber auch in den einzelnen Senatsverwaltungen jeweils *Anlaufstellen für das Thema "Engagementförderung"*, wenn wir ernst nehmen wollen, dass das ein Querschnittsthema ist.

- Im *Abgeordnetenhaus*, würde ich sagen, brauchen wir auch so was wie einen „*Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement*“ und wir brauchen *engagementpolitische Sprecher der Fraktionen*. Wenn man in der FDP... - nein, die FDP-Fraktion gibt es nicht mehr -, wenn man in den anderen Fraktionen - ja, die FDP kommt vielleicht wieder -, jemanden sucht, der zuständig für bürgerschaftliches Engagement ist, dann ist das gar nicht so leicht. Wenn man die Leute kennt,



ist das O.K., will man aber von außen da ran, dann denkt man: Wer ist denn eigentlich im Abgeordnetenhaus zuständig? Da sind

alle Sprecher aufgelistet, nur wo ist das Engagement? Warum gibt es keinen engagementpolitischen Sprecher? Es gibt sogar Sprecher für Hundeauslaufgebiete, dann kann es doch auch einen für bürgerschaftliches Engagement geben. So einen Unterausschuss, den halte ich für ganz zentral, denn erst dann kommt Engagementpolitik in einem Parlament



richtig vor, dann kommt die Presse, dann ist Öffentlichkeit da und dann bekommt das einen institutionellen Griff und eine stärkere Verbindlichkeit.

- Ja und bei den *Bezirken*, da ist es ja sehr heterogen. Es gibt Bezirke, die sind da sehr weit, andere fangen gerade erst an und



Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

da geht es im Grunde um dieses Thema, das zum Schluss aufgegriffen wurde: Infrastruktur für Engagement, also Anlaufstellen schaffen bzw. ausbauen. Es gibt da, wie gesagt, auch sehr unterschiedliche Bewusstseinslagen. Es ist sehr wichtig, dass die Bezirke sich das auch zueigen machen und dazu gehört eben auch eine *Leitbildentwicklung*. Leitbilder sind ja etwas, das immer abgeheftet zu werden droht oder dann vielleicht über dem Büro vom Bürgermeister steht und weiter nichts bedeutet. Man muss es eben auch hier verbindlich machen, man muss sich Leitbilder überlegen: Leitbild „Bürgerkommune“, Leitbild „aktivierender Bezirk“ oder was weiß ich. Und das muss man ein bisschen ausbuchstabieren und in Verwaltungsstrukturen einsickern lassen, das muss einsickern in Bezirksverordnungehirne und das muss präsent sein: Wie wollen wir uns selber sehen? Es gibt einige Kommunen in Deutschland, die das sehr erfolgreich gemacht haben, wo jeder Mensch dieses Leitbild kennt, weil das etwas damit zu tun hat, wie wir uns als Gemeinwesen eigentlich sehen wollen, als demokratisches Gemeinwesen.

- Ja und dann brauchen wir systematische *Förderstrategien*, also Wege aus der Projektitis - das habe ich schon angedeutet. Es



wird weiter Projekte geben und das ist auch gut und schön, aber wir wissen - alle wissen das hier im Raum -, es gibt Projektförderung, es gibt Modellvorhaben und es gibt Projektruinen und Modellruinen und zwar nicht wenige. Und wir müssen, glaube ich -

und auch dazu haben wir konkrete Vorschläge erarbeitet im BBE, da kann ich jetzt nicht mehr drauf eingehen -, Wege aus dieser reinen Projektbezogen-





Aus der Diskussion ::

nr. 1 – 05.12.2011

heit von Engagement oder aus dieser sehr starken Projektbezogenheit finden.

- Und dann kommt der Punkt, das wurde eben schon diskutiert, „lokale Infrastruktur für Engagement“. Bei Gensicke gibt es diesen schönen Vorschlag: "aus Freiwilligenagenturen kommunale Entwicklungsagenturen machen", wobei „kommunal“ jetzt nicht so zu verstehen ist - da hatten wir eben das Missverständnis -, dass das jetzt in staatlicher Verantwortung sein soll, sondern im Sinne von „lokalen Entwicklungsagenturen“ - das hat Carola jetzt schon ausgeführt, da sage ich jetzt nichts zu.
- Der letzte Punkt ist der *engagementpolitische Diskurs*. Ich glaube, wir brauchen auch auf Landesebene in Berlin etwas, was es auf Bundesebene zumindest versuchsweise gab, also eine Art *Landesforum für Engagement und Partizipation*, wo alles, was da ist - und das sind tausende von Ansätzen, das sind unglaublich viele, es sind kluge Köpfe da, es sind viele Ideen da - mal auf den Tisch gelegt und systematisch ausgewertet wird, so dass man sagt: „Wir versuchen, alle Elemente dessen, was es schon gibt, zu orten, zu systematisieren und zu so etwas wie einer *Landesengagementstrategie* zu kommen - unter Einbeziehung von Land und Bezirken - und dafür haben wir auch die geeigneten Formate.“ Das, was heute stattgefunden hat, ist zum Beispiel so eine Keimzelle eines solches Forums - und da - das ist zumindest unsere Erfahrung im BBE - entsteht dann wahnsinnig viel Produktivität, entstehen Ideen und entsteht auch eine bestimmte Dynamik.



Man kann sicher noch sehr viele Punkte überlegen, aber das sind so einige, die aus meiner Sicht relevant sind. Vielen Dank.



Schlussfolgerungen - oder: Wie geht es weiter?

Die engagementpolitische Agenda in und für Berlin liegt auf dem Tisch, nicht erst seit dem Symposium, das weitere Aspekte und Hinweise beigetragen hat. Über zehn Jahre *Runde Tische zur Förderung des Freiwilligen Engagements* im Berliner Abgeordnetenhaus seit dem *Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001* geben einen Eindruck des auch nach dem *Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011* in Berlin unerledigt politisch Anstehenden: Eine kleine Bestandsaufnahme - eine, wenn man so will, noch sehr vorläufige Enquete in dem dem Begriff ursprünglichen lateinischen Wortsinne von *inquirere* für „nachforschen, prüfen, suchen“. Die UN haben gerade zum *Internationalen Tag der Freiwilligen für wirtschaftliche und soziale Entwicklung* erstmals den Bericht zum Stand Freiwilligen Engagements vorgelegt: *State of the World's Volunteerism Report. Universal Values for Global Well-being*. Und der Berliner Statusbericht? Wann? Ergebnis *beratshlagender Demokratie* oder Verwaltungsakt?

Für die Auswertung der Freiwilligensurveys hat Berlin nach milieutypischen Aspekten fragen lassen; das Berlin zu Recht oder Unrecht zugeschriebene *wir sind ick!*-Milieu fehlte. Es bildet sich ja auch nicht in telefonischen Nachfragen dem *steinernen Berlin* leicht zuordnenbar ab. Es ist die Frage nach der für Nachforschen, Prüfen, Suchen offenen politisch-gesellschaftlichen Haltung: Embachers analytisch begründete These, *nur eine beratshlagende Demokratie wird auf Dauer funktions- und überlebensfähig sein*, gilt auch für die engagementpolitische Agenda. Sie hat in Berlin viele, meist unverbundene Orte und Wege, die dem versäult-konkurrierenden Zugriff auf Einfluß und Mittel förderlicher erscheinen (und, so wie es ist, es auch sind) als jede offene Klärung von Status, Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Machbarkeiten Bürgerschaftlichen Engagements in Berlin.

Die Schlußfolgerung *Wie geht es weiter?* liegt deshalb auf der Hand: *Beratschlagen, nachforschen, prüfen, suchen - und gute Entscheidungen treffen*. Das Symposium hat uns ermutigt, gerade auch die vielen Rückmeldungen danach, dabei weiterhin Partner zu sein. Das Angebot gilt. Und Dank denen, die es möglich machten und machen.



"Das bedeutet für die politischen Akteure, dass sie sich im komplizierten und langwierigen Prozess der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung viel stärker als bislang auf Beteiligten- und Diskursorientierung einstellen müssen. Die These hierzu lautet: *Nur eine(beratshlagende) Demokratie wird auf Dauer funktions- und überlebensfähig sein.*"

"Alle Formen des 'Durchregierens' oder des Regierens als 'Sozialtechnologie' mit PR-Begleitung werden künftig immer weniger geeignet sein, gute Entscheidungen (im Sinne von 'good governance') zu treffen, und provozieren Abkehr vom politischen Prozess und Lähmung der demokratischen Emphase, ohne welche die Demokratie nicht zu überleben vermag."

Carola Schaaf-Derichs & Jo Rodejohann



Zum Symposium waren gekommen:

Arkat, Nalan | Baur, Tobias | Berwig, Jana | Bialkowski, Thomas | Brandt, Andrea | Brendel, Katja | Brüning, Anne | Büchel, Daniel | Eckhardt-Lutsch, Susanne | Embacher, Dr. Serge | Fidancan, Christine | Foerster, Claus | Frech, Hartmut-W. | Gollbach, Dr. Jochen | Häntsch, Christiane | Hannemann, Veit | Hansen, Heidemarie | Herold, Helmut | Klein, Dr. Ansgar | Korge, Elke | Krug, Irene | Kurth, Karin | Lahn, Annette | Ludwig, Marc D. | Matthies, Axel | Moritz, Werner | Müller, Andrea | Ohm, Angelika | Petersmann, Lotta | Rodejohann, Jo | Schaaf-Derichs, Carola | Schibath, Alexandra | Schippel, Dietrich | Schlimper, Dr. Gabriele | Schober, Ursula | Schüler, Bernd | Tenten, Matthias | Timmer, Goerge | Vollrath, André | Vogt, Andrea Maria | Wanke, Manja | Weller, Ricarda | Zarske, Susanne

Das Symposium und dessen Dokumentation wurde ermöglicht durch eine Zuwendung der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales.

Konzeption und Organisation: Carola Schaaf-Derichs, Jo Rodejohann, André Vollrath | Die Hilfsbereitschaft

Organisationsassistentz: Susanne Eckhardt-Lutsch, Elke Korge, Alain Lasserre | Die Hilfsbereitschaft

Themenanwälte: Andrea Brandt | FreiwilligenAgentur KreuzbergFriedrichshain, Daniel Büchel | Unionhilfswerk, Claus Foerster | AWO LV Berlin, Dr. Jochen Gollbach | FreiwilligenAgentur Marzahn-Hellersdorf, Elke Korge | Seniorskompetenzteam Berlin

Themenreporter: Tobias Baur | Humanistische Union, Susanne Eckhardt-Lutsch, Jo Rodejohann, Carola Schaaf-Derichs, André Vollrath

Dokumentation, Redaktion und Herstellung: Jo Rodejohann

Dokumentationsassistentz: André Vollrath

Fotos: Randy Tarango | www.people-photography.com - ausser S. 4 unten, 5, 14-15: André Vollrath; S. 17: Frans de Lippe; S. 6 Initiative Zivilengagement

CC BY-NC-SA 3.0 | www.creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/

Aus der Diskussion ::

Texte & Dokumente der Engagementwerkstatt

erscheinen bei Bedarf und werden herausgegeben von Carola Schaaf-Derichs für den Träger der Engagementwerkstatt

Die Hilfsbereitschaft e.V.

Torstraße 231, 10115 Berlin

Redaktion: Jo Rodejohann

www.engagementwerkstatt.de

© Alle Rechte vorbehalten soweit nicht anders mitgeteilt | Die Hilfsbereitschaft e.V. & Autor/inn/en

Die Engagementwerkstatt Berlin wurde 2009 - 2011 gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms "Freiwilligendienste aller Generationen".

